

Hundert Jahre  
Rathaus-Korrespondenz

1861 - 1961

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 18./ Dezember 1961

Blatt 2833

Inmitten einer glücklichen Entwicklung  
=====

Wien ist wieder ein großes Stück vorwärts gekommen

18. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 17. Dezember, über das Budget der Bundeshauptstadt für 1962 und über das abgelaufene Jahr.

Der Bürgermeister führte aus: "Bei der Vorbereitung meiner heutigen Sendung kam mir recht deutlich zum Bewußtsein, wie rasch das Jahr vergangen ist. Der Gemeinderat hat bereits am vergangenen Montag mit den Beratungen des Budgets 1962 begonnen, um es zeitgerecht vor Ablauf des Kalenderjahres beschließen zu können. Bevor der Entwurf für das Budget in den Gemeinderat kommt, hat er vorher schon einige andere Stellen beschäftigt. Die Finanzabteilung hat gewissenhaft zu schätzen und zu berechnen versucht, wie hoch die Einnahmen sein werden, mit denen im kommenden Jahr gerechnet werden kann. Kein Wunder, daß bei dem ersten Versuch, die Ausgaben und die Einnahmen aufeinander abzustimmen, eine hohe Differenz zu Tage kam. Die Wünschender Magistratsabteilungen waren um ungefähr eineinhalb Milliarden Schilling höher als der Betrag, den die Finanzabteilung als voraussichtliche Einnahme festgestellt hatte. Was müssen die Stadtväter in diesem Falle tun? Das Gleiche, wie jede Hausfrau, die ihren Haushalt in Ordnung halten will: sich lieber etwas einzuschränken, als Schulden zu machen. Und deshalb wurden schweren Herzens manche Wünsche gestrichen, von denen man glaubt, daß sie doch noch zurückgestellt werden können. Allerdings ist diese Prozedur bei weitem nicht so einfach, wie sich das

anhört, denn jeder glaubt, daß sein Bedarf der dringendste ist. Und so kommt es, daß die Stadträte, die Bezirksvorsteher und die Leiter der Magistratsabteilungen doch nicht so viel für ihren Bereich erhalten, wie sie ursprünglich wollten. Nachdem dann das ungefähre Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt war, ist der Budgetentwurf den vorgeschriebenen Weg über den Stadtsenat in den Gemeinderat gegangen. Wenn der Gemeinderat das Budget verhandelt und beschließt, übt er sein höchstes und wichtigstes Recht aus. Erst wenn der Gemeinderat dem Budget zugestimmt hat, kann es in Kraft treten. Es müssen sich dann alle Stadtfunktionäre und alle Dienststellen des Magistrats an seine Ansätze halten. Nicht der einzelne Funktionär, und sei er noch so hochstehend, kann über die Steuergelder der Wiener Bevölkerung bestimmen, sondern nur die gewählte Vertretung, und das ist der Gemeinderat.

Den Nachrichten im Rundfunk und in den Zeitungen haben Sie sicher einige interessante Einzelheiten aus der Budgetdebatte im Gemeinderat entommen. Natürlich wurden dort viele Zahlen verwendet, die der Außenstehende sich nicht merken kann. Trotzdem sollten Sie sich für die Budgetverhandlungen sehr interessieren, denn es geht um die Wünsche und Bedürfnisse der ganzen Wiener Bevölkerung, es geht darum, wie die Schillinge verwendet werden, die Sie alle zusammen direkt oder indirekt in die Gemeindekasse einzahlen. Sie sollten sich auch vornehmen, eine Kontrolle darüber durchzuführen, ob die Beschlüsse des Gemeinderates durchgeführt werden. Glauben Sie ja nicht, daß dies nicht möglich wäre. Die meisten Aufgaben der Gemeinde spielen sich doch vor aller Öffentlichkeit ab. Im täglichen Leben ist das Wirken der Gemeinde überall spürbar. Die Schulen und Spitäler, die Straßenbahn und die Wasserwerke, die Gärten und Brücken, die Straßen und Kanäle, die Gas- und Stromversorgung, die Marktanlagen und Sportplätze und viele andere Einrichtungen sind da, um der Bevölkerung zur Verfügung zu stehen. Diese Einrichtungen müssen immer instandgehalten, modernisiert oder erneuert werden. Und so können Sie auf Schritt und Tritt kontrollieren, ob die im Budget beschlossenen Aufgaben wirklich durchgeführt werden, ob die Kindergärten und Wohnhausanlagen, die Lehrlingsheime und Altersheime, die Verkehrsbeuten und hygienischen Einrichtungen tatsächlich entstehen oder repariert werden, wie es der Gemeinderat beschlossen hat. Ich weiß,

daß unsere Mitbürger lebhaften Anteil an allen Fragen des öffentlichen Wohles nehmen. Die Stadtverwaltung will andererseits in aller Offenheit in jeder Form Rechenschaft über die Verwendung der Steuergelder ablegen. Das fördert das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zwischen der gesamten Bevölkerung und dem Rathaus. Und darauf kommt es letzten Endes auch an!

Die Berichte, die Sie über die Budgetverhandlungen im Rathaus hören, will ich durch einen Rückblick über das nun zu Ende gehende Jahr ergänzen. Wie hat sich im Jahre 1961 unsere Wirtschaft entwickelt, wie steht es um die Befriedigung unserer Hoffnungen und Wünsche, kurz gesagt, wie hat unsere Bevölkerung gelebt und gearbeitet? So wie in den vergangenen Jahren will ich auch heuer wieder die Entwicklung in einigen wichtigen Lebens- und Arbeitsbereichen unserer Stadt darstellen. Die wichtigste Zahl, die in diesem Zusammenhang zu nennen ist, betrifft wohl die Meldung der Gebietskrankenkasse Wien über ihre erwerbstätigen Mitglieder. Sie ist vom Oktober des Vorjahres um 4.000 auf 647.000 gestiegen. Es ist dies die höchste Zahl, die jemals in Wien erreicht wurde. Sie beweist, daß im abgelaufenen Jahr die Wirtschaftslage wieder sehr beständig war und daß durch die Konjunktur bedingt noch zusätzliche Arbeitskräfte aufgenommen werden konnten. Allerdings war die Zunahme der Mitglieder nicht mehr so groß wie im Vorjahr, denn damals trat eine Vermehrung um 11.000 gegenüber dem Jahre 1959 ein. Dieser Vermehrung der berufstätigen Mitglieder der Krankenkasse entspricht eine fast gleichgroße Verminderung der gemeldeten Arbeitssuchenden. Ende Oktober waren 12.250 Arbeitssuchende vorgemerkt, das sind um 3.560 weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Zahl der Arbeitssuchenden ist meines Wissens die niedrigste, die jemals in Wien zu verzeichnen war. Allerdings wird sich in den kommenden Wochen aus den Saisonberufen eine Vermehrung der Arbeitssuchenden ergeben, ein Vorgang, der noch jedes Jahr zu verzeichnen war. Soweit es sich um die Beschäftigung im Baugewerbe handelt, versucht die Gemeinde Wien alljährlich durch eine Auftragsverlagerung in die Wintermonate möglichst viele Arbeitskräfte auch während der kalten Jahreszeit zu beschäftigen. Dazu dienen vor allem Innearbeiten für die Baubewerke, soweit das ohne Unterberechnung des Dienstes möglich ist, wie zum Beispiel in Heimen und Spitälern, weniger aber in Schulen.

Die anhaltend gute Wirtschaftslage drückt sich nicht allein in den Beschäftigtenzahlen aus. So wie in den vergangenen Jahren kann ich auch heuer wieder berichten, daß nicht nur viel gearbeitet, sondern auch fleißig gespart wurde. Die Zunahme der Spareinlagen ist nicht nur ein Zeichen für das steigende Volkseinkommen, sondern auch ein Zeichen für das Vertrauen in unsere Währung. Wenn heuer durch kurze Zeit eine gewisse Unruhe bezüglich unserer Währung zu spüren war, so war das nicht auf österreichische Ursachen, sondern auf die Unsicherheit der internationalen Lage zurückzuführen. Unsere Bevölkerung hat sich aber letzten Endes **den Blick nicht trüben lassen.** Ein Beweis dafür ist der Umstand, daß die Spareinlagen bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Ende November um 578 Millionen Schilling höher waren als im Vorjahr. Sie erreichten eine Gesamtsumme von 4 Milliarden und 32 Millionen Schilling. Auch dieser Betrag stellt ein Höchstergebnis dar. Erfreulicherweise sind an der Erhöhung der Spareinlagen die jugendlichen Sparer mitbeteiligt, denn ihre Zahl stieg von 140.000 auf 154.000.

Die schönste Zahl, die ich für meinen heutigen Bericht vorbereitet habe, bezieht sich auf die Geburten in Wien, denn darin zeigt sich am stärksten die Besserung der sozialen Lage, die Stärkung des Lebensmutes und das Vertrauen in unsere Zukunft. Bis Ende des Jahres werden wir ungefähr 18.700 Geburten haben, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um rund 1400 ergibt. Das bedeutet, daß heuer monatlich um 116 Kinder mehr geboren wurden als im Vorjahr. Besonders eindrucksvoll ist die diesjährige Geburtenzahl, wenn wir sie mit den 11.400 Geburten des Jahres 1954 vergleichen. Daraus geht hervor, daß die Geburtenzahl Jahr für Jahr gestiegen ist und heuer um 7.300 Kinder mehr zur Welt kamen als 1954. Diese Steigerung hat noch ein anderes erfreuliches Ergebnis. Im Jahre 1954 betrug die Differenz zwischen Geburten und Todesfällen, also das Geburtendefizit, 12.200. Heuer beträgt es nur mehr 6.100. Hoffentlich sind wir noch nicht am Ende dieser glücklichen Entwicklung.

In früheren Zeiten hat man die Höhe des Lebensstandards am Seifen- und Papierverbrauch gemessen. Wenn es richtig ist, daß in unserem technischen Zeitalter die Zahl der Autos ein besserer Gradmesser ist, dann müssen wir feststellen, daß unser Lebensstandard von Jahr zu Jahr steigt. Auch im Jahr 1961 ist

die Zahl der motorisierten Fahrzeuge wieder um 20.500 gestiegen, davon allein 19.540 Personenautos. Es hat sich also im ablaufenden Jahr die Zahl der Kraftfahrzeuge an jedem Arbeitstag um 74 vermehrt. Man merkt das sehr deutlich, denn der Straßenverkehr und die Parkverhältnisse sind noch hindernisreicher geworden. Glücklicherweise ist trotz der gestiegenen Autozahl dank der neuen Straßenverkehrsordnung die Zahl der Verletzten und Toten im Straßenverkehr zurückgegangen, wovüber ich in meiner letzten Sendung berichtet habe.

Am Ende dieses Jahres wird unsere Baudirektion einen schönen Bericht erstatten können, nämlich, daß die Gemeinde seit dem zweiten Weltkrieg 65.000 Wohnungen gebaut hat und damit einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen die Wohnungsnot geleistet hat. Diese 65.000 Wohnungen sind auf alle Wiener Bezirke verteilt, allerdings sind jene Bezirke, in denen noch Baugründe vorhanden sind, besser daran, als die inneren Bezirke, wo ein neues Haus nur dann erstehen kann, wenn ein altes demoliert wird. Bekämen wir endlich ein Assanierungsgesetz, könnte die Gemeinde in viel stärkerem Maße an die Erneuerung der überalterten Häuser in den dichtverbauten inneren Bezirken herangehen. Wenn man rechnet, daß in jeder dieser 65.000 neuen Gemeindewohnungen im Durchschnitt drei Personen leben, dann ergibt das eine Gesamtzahl von rund 200.000, was fast der Bevölkerungszahl von Linz entspricht. Sie wissen, daß die Gemeinde sich vorgenommen hat, ihre Wohnbautätigkeit fortzusetzen, aber gleichzeitig auch in steigendem Maße die Erbauung von Genossenschaftswohnungen und Ligenheimen zu fördern.

Mein kurzer Überblick zeigt Ihnen, daß wir mit dem ablaufenden Jahre doch wieder zufrieden sein dürfen. Gewiß wäre es uns lieber gewesen, wären in der großen Welt draußen weniger Unruhe und Gefahren zu spüren. Aber für unseren Teil können wir wenigstens sagen, daß wir mit allen Kräften bemüht waren, wieder ein gutes Stück vorwärts zu kommen. Und daß uns dies gelungen ist und wir neue Erfolge verzeichnen können, verdanken wir vor allem dem Verständnis und der Zusammenarbeit der gesamten Wiener Bevölkerung.

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, allen Wienerinnen und Wienern für diese gemeinsamen Anstrengungen und Erfolge herzlich zu danken und sie zu bitten, mit der gleichen Bereitschaft und Verantwortung auch im kommenden Jahr an die Arbeit zu gehen. Wir wissen, daß wir wieder ein umfangreiches Programm vor uns haben.

Es trennen uns nur mehr wenige Tage vom Weihnachtsfest. Wenn es uns vergönnt ist, dieses Familienfest gesund und glücklich in unserem Heim zu verbringen, so sollen wir das besonders schätzen. Wir sollen aber nicht vergessen, daß nicht alle Wiener so glücklich sind. Wir haben Mitbürger unter uns, die durch ein persönliches Unglück oder durch Krankheit viele Sorgen haben, vielleicht gerade zu den Weihnachtsfeiertagen ihre Einsamkeit besonders stark empfinden. Ich bin überzeugt, daß Sie gerade zu den Weihnachtsfeiertagen daran denken werden, ob es Ihnen nicht möglich wäre, diesen hilfsbedürftigen und einsamen Mitbürgern zu helfen. Sie werden sich damit selbst eine Freude bereiten, weil Sie spüren, wie schön es ist, wenn man andere Menschen glücklich machen kann. Zum Abschluß meiner heutigen Sendung wünsche ich Ihnen allen, ein recht frohes und schönes Weihnachtsfest! Es möge Ihnen und Ihren Lieben viel Glück und Freude bringen!

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen:Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten  
=====

18. Dezember (RK) Die zweite Woche der Budgetberatungen im Wiener Rathaus begann heute vormittag mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Der Referent Stadtrat Lakowitsch behandelte die einzelnen Abteilungen, die seiner Gruppe unterstehen, und führte dazu aus:

"Die Magistratsabteilung 20, Plan- und Schriftenkammer, hat mit der im heurigen Herbst gelieferten Präzisionskamera für kartographische Reproduktionen das Gerät bekommen, das in Zusammenhang mit dem Luftbildauswertungsgerät der Stadtvermessung eine wirtschaftliche Herstellung der neuen Stadtkarte und anderer Planungsunterlagen ermöglicht. Die hochwertige Ausrüstung der Kamera, die dem letzten Stand der Reprotechnik entspricht, macht es möglich, bewährte, aber auch noch in Entwicklung befindliche moderne Verfahren bei kartographischen Arbeiten anzuwenden.

Aus dem für 1961 vorgesehenen Gesamtkredit von 2,250.000 Schilling wurden zur Hauptsache die Kosten für die Einrichtung einer Reproduktionsanlage für kartographische Zwecke mit einem Aufwand von etwa 720.000 Schilling und die Herstellung eines Luftbildplanes der Stadt Wien, der rund 500.000 Schilling kostete, bestritten.

Die Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung, Elektrizitätswesen und brennbare Gase. Das Jahr 1961 war für den Ausbau der Wiener Straßenbeleuchtung noch anstrengender als das vorhergegangene. Viele Straßen-, Brücken- und Parkbauten machten zahlreiche Um- und Neubauten der Beleuchtung notwendig, die Beleuchtung vieler wichtiger Verkehrsstraßen wurde wesentlich verbessert und die volle Jahresquote der alten Gasbeleuchtung wurde elektrifiziert.

Ende 1961 werden daher 98.800 Lampen in Betrieb sein und zwar 97.750 elektrische Lampen und 1.050 Gaslaternen. Die gleiche Zahl wurde im heurigen Jahr elektrifiziert.

Die Errichtung neuer Wohnviertel und die Schaffung neuer umfangreicher Verkehrsbauten haben zahlreiche Neubauten von Straßenbeleuchtungsanlagen notwendig gemacht. Die wichtigsten davon sind: Verkehrsbauwerke Schottentor, Ring-Babenbergerstraße, Ring-Bellariastraße, Hauptallee, entlang dem Heustadelwasser, Wienerfeld-West.

Die Bauten der Magistratsabteilung 28 und 29, die Garten- und Wohnhausbauten und die stürmische Verkehrsentwicklung haben auch 1961 in allen Teilen Wiens wieder zahlreiche und umfangreiche Umbauten von Straßenbeleuchtungsanlagen erzwungen.

Die Gaslaternen im 17., 18. und 19. Bezirk sind endgültig verschwunden, ebenso im Bezirksteil Hadersdorf-Weidlingau des 14. Bezirkes. Auch im 12. und 13. Bezirk sind kleinere Gebiete (Klehsplatz, Auhofstraße, Riedelgasse) elektrifiziert worden.

Im Zusammenhang mit der Modernisierung und Verbesserung ist das Problem "Stadtbild und Straßenbeleuchtung" aktuell geworden. Die Glühlampe ist gegen die neue Gasentladungslampe durch die technische Entwicklung sowohl lichttechnisch als auch energiewirtschaftlich stark ins Hintertreffen geraten. Man kann diese Tatsache begrüßen oder bedauern, keinesfalls **darf man sie aber** auf die Dauer unbeachtet lassen. Eine 40 Watt Leuchtstofflampe in einer gut durchgebildeten Leuchte ergibt eine weitaus bessere und verkehrsgerechtere Beleuchtung als eine 200 Watt Glühlampe in den herkömmlichen Beleuchtungskörpern. Bei einer Straßenbeleuchtungsanlage mit rund 100.000 elektrischen Lampen fällt das bestimmend ins Gewicht. Die steigende Verwendung von Gasentladungslampen in den letzten Jahren in der Wiener Straßenbeleuchtung hatte trotz merkbar zunehmendem Beleuchtungsniveau einen deutlich feststellbaren stagnierenden Stromverbrauch zur Folge. Es ist daher klar, daß die Gasbeleuchtung überall dort, wo nicht ganz zwingende stadtbildpflegerische Gründe entgegenstehen, durch die wirtschaftlichere Beleuchtung ersetzt werden muß. Im Einvernehmen mit allen in Betracht kommenden Stellen wurden im 1., 12., 13., 18. und 19. Bezirk Altstadt-Gebiete festgelegt und dort sind die alten, herkömmlichen Formen der Kandelaber nur elektrifiziert worden, sodaß das gewohnte Stadtbild fast unverändert geblieben ist.

Wenn Vizebürgermeister Slavik in seinem Referat zum Vorschlag 1962 der Meinung Ausdruck verliehen hat, daß man doch den trauten Schein der Gaslaternen nicht restlos zum Schwinden bringen soll, so pflichte ich ihm hier völlig bei.

Ich darf aber bei der Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß seinerzeit für die Elektrifizierung der Gasbeleuchtung ein Vier-Jahres-Plan erstellt wurde, der deutlich zum Ausdruck brachte,

welche Ersparungen dadurch erzielt werden können. Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß die zuständige Abteilung bemüht ist, diese seinerzeit errechneten Einsparungen auch wirklich zu realisieren. Ein bißchen mehr Geld für dieses Spezialgebiet könnte aber noch manches vom trauten Schein der Gaslaternen retten.

Im Jahre 1961 ist auch die Beleuchtung mancher Hauptstraßen und Kreuzungen ihrer Verkehrsbedeutung entsprechend verbessert worden. Erst nach Abschluß der Elektrifizierungsarbeiten wird aus budgetären Gründen diese Verbesserung in dem sicherlich noch notwendigen größeren Umfang durchgeführt werden können.

In den Randgemeinden wurden 1961 rund 800 neue Lichtstellen installiert. 1961 mußten rund 800 Lichtstellen im Zuge der Umschaltungen von Gleich- auf Drehstrom umgebaut werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Wiener Straßenbeleuchtung im Jahre 1961 sowohl quantitativ als auch besonders qualitativ wesentlich verbessert worden ist. Die quantitative Verbesserung geht aus den schon erwähnten Lampen- und Leuchtenzahlen eindeutig hervor und der Ersatz des Gaslichtes durch elektrisches Licht und die anhaltende Entwicklung der Straßenbeleuchtung zu den Gasentladungslampen hin beweist sinnfällig die Qualitätsverbesserung.

Im Jahre 1961 wurde die elektrische Installation von 16 Verkehrslichtsignalanlagen durchgeführt.

Die große Masse der durch die Straßenverkehrsordnung 1960 terminisiert geforderten Blinklichtanlagen für Fußgänger-Übergänge konnte durch zweckmäßigen Einsatz leistungsfähiger Installationsfirmen und durch besondere Anstrengungen des Personals der Magistratsabteilung 33 am 30. Juni 1961 in Betrieb genommen werden. Es war die nicht zu unterschätzende Zahl von 81 Blinklichtanlagen.

Jedenfalls ist auch weiterhin noch keine Verminderung der Arbeiten für die neuen Verkehrslichtsignale zu erwarten.

1962 wird auch die Beleuchtung der ganzen Wiener Ringstraße erneuert werden. Schon heuer sind zwei Teilstücke der neuen Ringbeleuchtung fertiggestellt worden und zwar das Stück vom Stadtschulrat bis zur Eschenbachgasse und das Stück vom Schottentor bis zur Hohenstaufengasse.

Ansonsten wird sich das Straßenbeleuchtungsprogramm 1962 sehr eng an das Straßenbauprogramm 1962 halten müssen. Der Umbau der Hietzinger Brücke, die Unterführung der Bahntrasse in der Breitenfurter Straße, die Lastenstraße, der Floridsdorfer Spitz samt Umgebung und die Altmannsdorfer Straße werden Schwerpunkte des nächstjährigen Programmes sein.

Die baubehördlichen Angelegenheiten werden von den Magistratsabteilungen 35, 36 und 37 besorgt, deren Arbeitsumfang infolge der starken Bautätigkeit in unserer Stadt größer geworden ist als im Jahre 1960.

Die Magistratsabteilung 35 hat nicht nur alle Bauvorhaben der Gemeinde Wien zu bewältigen, sondern darüber hinaus ist diese Abteilung auch mit allen Neu- und Umbauten in den Spitätern, am Messegelände, mit der Begutachtung neuer Ölfeuerungsanlagen, aber auch Umstellungen ~~andere~~ betriebener Heizungsanlagen, mit den Großtankanlagen, dem Umbau des Theaters an der Wien, der Errichtung der unterirdischen Garagen unter dem Votivpark und Am Hof befaßt. Auch alle Kinoprojekte und Sportplätze fallen in ihren Wirkungsbereich.

Die Magistratsabteilungen 36 und 37 haben im Berichtszeitraum allein 5.375 Bauaufträge erteilt. Im Jahre 1960 mußten für 620 Wohnungen Räumungsaufträge erteilt werden, in den ersten neun Monaten des Jahres 1961 sind es aber bereits 751 gewesen. Den Bemühungen, das unbefugte Bauen hintanzuhalten, das im wesentlichen durch das "Wilde Siedeln" hervorgerufen wird, sind nach wie vor die Erfolge versagt, Vor allem ist das auf den Personalmangel zurückzuführen.

#### Die "wilden Siedler"

Diese Tatsache hat eine Wiener Zeitung zum Anlaß genommen, um unter Hinweis auf den Kontrollamtsbericht 1960 die Feststellung zu treffen, daß es auf ein Versagen der Baupolizei zurückzuführen ist, wenn die Aktenerledigung bei den Baupolizeiabteilungen oft sehr schleppend vor sich geht und gegen das wilde Bauen nicht entsprechend eingeschritten wird.

Hiezu muß nun folgendes gesagt werden: Der Kontrollamtsbericht spricht lediglich davon, daß in manchen Fällen eine schleppende Aktenerledigung festgestellt wurde, eine Tatsache, die

bei dem immensen Aktenanfall und bei dem derzeitigen Personalstand einfach unvermeidlich ist. Was den Vorwurf in der erwähnten Zeitungsmitteilung hinsichtlich des Mitverschuldens an der Ausbreitung der wilden Siedlungen durch mangelnde Kontrollen und zu wenig wirksame Gegenmaßnahmen anlangt, muß einmal klar und eindeutig festgestellt werden, daß dieser die Baupolizei am wenigsten betrifft. Tatsache ist, daß nach der derzeitigen Rechtslage der Baupolizei kein Machtmittel in die Hand gegeben ist, einen wilden Siedler auch bei rechtzeitigem Entdecken seines gesetzwidrigen Bauens mit physischer Gewalt am Weiterbauen zu hindern. Es kann vielmehr nur eine bescheidmäßige Baueinstellung erfolgen, die erfahrungsgemäß von keinem wilden Siedler anders als dahin beachtet wird, daß er sich noch mehr beeilt, seinen Bau fertigzustellen und die Behörde vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Strafanzeigen bei den Magistratischen Bezirksämtern führen nach Wochen, bis der Bau längst vollendet ist, zu geringfügigen Strafen von einigen hundert Schillingen, gegen die dann meist berufen wird, wobei die Landesregierung oft das Strafausmaß noch herabsetzt. Selbst Ratenzahlungen werden noch beantragt und auch bewilligt.

Anträge auf Beschlagnahme des Baumaterials und der Werkzeuge gehen oft ins Leere, weil die wilden Siedler meist an Samstagen und Sonntagen bauen und daher nicht eingeschritten werden kann.

Anträge auf zwangsweise Vollstreckung von Abtragungsaufträgen, die oft in jahrelanger Kleinarbeit bis zum Verwaltungsgerichtshof durchgefochten wurden, waren bisher erfolglos, obwohl hier bei der derzeitigen Rechtslage die einzige wirksame Möglichkeit zur tatsächlichen Verhinderung des wilden Bauens liegt. Die Baupolizei hat in hunderten von Fällen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Eine Vollstreckung erfolgte fast nie. Solange aber der wilde Siedler weiß, daß die einzig wirksame Maßnahme, die zwangsweise Abtragung seines Schwarzbaues, ohnedies nicht erfolgt, ist alles andere zwecklos.

Die Baupolizei kann das "Wilde Bauen" daher solange nicht verhindern, als ihre keine anderen rechtlichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen und solange die außerhalb ihres Einflußbe-

reiches liegenden möglichen und sehr wirksamen Maßnahmen nicht getroffen werden.

Dazu kommt aber noch etwas anderes: Alle Bauaufträge, ob sie nun die Instandsetzung von Wohnhäusern oder aber auch den Abbruch widerrechtlich errichteter Bauwerke betreffen, können ins solange nicht zielführend sein, als es nicht gelingt, zur letzten Konsequenz zu greifen. Diese letzte Konsequenz stellt die Ersatzvornahme durch die Gemeinde Wien dar. Solche Ersatzvornahmen können aber erst dann zur Durchführung gelangen, wenn von der zuständigen Finanzabteilung die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es gelingt aber kaum, die erforderlichen Geldbeträge zu erhalten. Dadurch wird einerseits zum widerrechtlichen Bauen geradezu ermuntert, andererseits aber bleiben viele Bauaufträge auf Instandsetzung unerfüllt und damit wird den Absichten gewisser Spekulanten Vorschub geleistet. So kommt es dazu, daß der Verfall von Wohnhäusern, auch wo eine Behebung wirtschaftlich zumutbar wäre, immer weiter fortschreitet. Der Grund, warum einzelne Personen Interesse an einem fortschreitenden Verfall haben, liegt darin, daß eine Liegenschaft, für die ein Abtragungsauftrag vorliegt, klarerweise im Wert steigt, da bei Abtragungsaufträgen erfahrungsgemäß den Kündigungen der Mieter stattgegeben wird. Ich glaube, es wäre viel zweckmäßiger, die erforderlichen Beträge zum Zwecke der Ersatzvornahme zur Verfügung zu stellen, um dadurch dringend benötigten Wohnraum zu erhalten und dem unbefugten Bauen wirksam entgegenzutreten zu können.

Dies betrifft auch die so umstrittenen Häuser in der Stern-gasse. Unbeschadet, wie man sich zur Frage der Erhaltung oder des Abbruches dieser Häuser stellt. Es wurden die Dächer ohne Genehmigung abgetragen und es wäre daher über den Besitzer der Häuser eine Strafe im Höchstausmaß zu verhängen. Darüber hinaus aber müßte er verhalten werden, die Dächer wieder herzustellen. Bei der Weigerung, dies zu tun, hätte so rasch als möglich im Wege der Ersatzvornahme die Wiederherstellung der Dächer erfolgen müssen. Die dafür aufgewendeten nicht unbeträchtlichen Kosten können ja im Grundbuch als Belastung eingetragen werden und ich bin überzeugt, daß im Hinblick auf den Wert dieser Liegenschaften die Kosten ohne weiteres einbringlich gewesen wären. Es würde

gar nicht vieler solcher Fälle bedürfen, einige wenige würden schon genügen, um das Exempel zu schaffen, durch dessen Statuierung die abschreckende Wirkung, die ja bekanntlich die nachhaltigste ist, erzielt werden könnte. In dieser Art könnte man dem unbefugten Bauen endlich einmal Herr werden.

### Prüfung von Baustoffen

Die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt war im laufenden Jahr sehr intensiv beschäftigt und wie im Vorjahr bis zum Leistungsoptimum beansprucht.

Umfangreiche Prüfungen wurden von Hohlsteinen und den dazu verwendeten Mauermörteln vorgenommen. Weiter wurden Versuche über die auf der Baustelle erreichbare Betongüte und ihr Zusammenhang mit dem Alter des Betons ausgeführt. Es wurde eine Methode zur Beurteilung der Schüttbetongüte ausgearbeitet. Brandversuche erfolgten an Kuppeln aus durchsichtigem Kunststoff mit Glasvlieseinlage. Bei Schadensfällen an Wasserleitungsrohren aus Grauguß wurden die Ursachen des Auftretens der Schäden ermittelt. An den Verkehrsbauwerken am Ring wurden die Betongüte und die Materiallieferungen überwacht. Der Anstrich des Scheibengasbehälters am Wienerberg und die dort verwendeten Anstrichmaterialien wurden kontrolliert. Vergleichsprüfungen mit Markierungsfarben für Stadtstraßen wurden ausgeführt.

Der Aufgabenbereich der Magistratsabteilung 40, Technische Grundanagenlegenheiten, ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Der Arbeitsanfall hat sich eher vermehrt als vermindert. Der Umfang der Arbeiten läßt sich vielleicht am besten durch eine einzige Zahl zum Ausdruck bringen, und zwar die der eingelaufenen Dienststücke. Sie beträgt 6.662.

### Wichtige Aufgaben der Stadtvermessung

Die seit vielen Jahren immer mehr steigenden Anforderungen an die Wiener Stadtvermessung schienen im Jahre 1960 erstmals konstant zu bleiben. Sie sind aber heuer wieder derart gestiegen, daß die Zahl der zu behandelnden Dienststücke schon jetzt 40 Prozent über der des Jahres 1955 liegt. Der Personalstand ist jedoch seit 1955 unverändert mit 41 Bediensteten beibehalten worden.

Dabei gibt die Zahl der zu behandelnden Dienststücke nur ein höchst unvollkommenes Bild der wirklichen Verhältnisse: In den letzten Jahren sind viele Aufgaben neu hinzugekommen. Sie sind außerordentlich umfangreich und, um sie zu bewältigen, müssen die dabei eingesetzten Bediensteten zur Erledigung jedes einzelnen Falles ununterbrochen viele Monate, ja sogar mehrere Jahre tätig sein. All diese Arbeiten kommen aber in der Zahl der Dienststücke überhaupt nicht zum Ausdruck, obwohl sie über ein Drittel der Arbeitskapazität der Vermessungstechniker binden. Es sind dies vor allem die sogenannten "Ingenieurgeodätischen Messungen" an Großbauvorhaben, die Arbeiten an der neuen Stadtkarte und die Neuvermarkung und Neuvermessung der städtischen Festpunktnetze. Mit den restlichen zwei Dritteln der Bediensteten sollen aber die um 40 Prozent gestiegenen sonstigen Aufgaben der Stadtvermessung bewältigt werden. Hier können auch die vor etlichen Jahren noch erfolgreichen Investitions- und Rationalisierungsmaßnahmen nicht mehr weiterhelfen.

Hiezu kommt, daß der Magistratsabteilung 41 auch weiterhin nicht eine hinreichende Anzahl von Vermessungshilfspersonal zugeteilt werden konnte sowie auch keinerlei Kraftfahrzeuge für den Transport der Arbeitsgruppen und Geräte zur Verfügung stehen. Beides setzt die Produktivität der Stadtvermessung sehr empfindlich herab!

Es ist wohl begreiflich, daß die Arbeitsrückstände der Stadtvermessung allmählich in geometrischer Reihe steigen und sich heuer gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt haben. Sie betragen nun bereits um etwa eine Jahresleistung der gesamten Abteilung.

Es wäre allerhöchste Zeit, die wiederholten Hinweise auf den unzureichenden Personalstand der Stadtvermessung endlich zu berücksichtigen und ihn den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen. Der große Einsatz von Mitteln in anderen Geschäftsgruppen für die verschiedensten Baumaßnahmen, Grundtransaktionen etc. wird zu einem erheblichen Teil unwirtschaftlich oder gar illusorisch, wenn die dabei unentbehrlichen vermessungstechnischen Maßnahmen nicht durchgeführt werden können.

Besonders umfangreich und zum Teil recht schwierig waren die ingenieurgeodätischen Messungen an den großen Verkehrsbauwerken (wie Schottentor, Babenbergerstraße, Bellaria) und für die technischen und rechtlichen Aufschließungsmaßnahmen an den Großwohnbauvorhaben. Die Ingenieurmessungen für die Autobahn-Süd und das Verkehrsbauwerk Hietzinger Brücke sind bereits seit langem in vollem Gang, und die besonders schwierigen Arbeiten für die Gürtelverbindung über den Donaukanal beginnen in den nächsten Tagen.

#### Neue Wiener Stadtkarte

Die photogrammetrischen und kartographischen Arbeiten an der neuen Stadtkarte Wien 1 : 2.000 brachten in diesem Jahr einen großen Erfolg: 50 Blätter liegen bereits vollständig fertig und gedruckt vor. 68 weitere Blätter befinden sich in kartographischer Bearbeitung. Davon sind 40 Blätter im Jahre 1961 am Luftbildauswertegerät kartiert und ausgewertet worden und bei 47 Blättern wurde der Feldvergleich durchgeführt. Etwa zum Jahresende wird der gesamte 21. und 22. Bezirk fertig ausgewertet sein. Für 1962 ist die Bearbeitung der Stadtkarte im Raum südlich des Stadtkernes, etwa zwischen Wienerberg und Kaiser-Ebersdorf vorgesehen.

Daneben muß in den Gebieten, für die noch keine Stadtkartendrucke vorliegen, die kartographische Bearbeitung und Fortführung des alten General-Stadtplanes fortgesetzt werden. Dabei wurden heuer 75 Blätter bearbeitet und zwei bisher überhaupt noch nicht vorhandenen gewesene Stadtplanblätter neu hergestellt.

#### Friedhöfe

Während die Voranschläge der letzten Jahre für die Magistratsabteilung 43, Friedhöfe, ausgeglichen erstellt worden sind, weist der für das Jahr 1962 als Novum einen Überschuß aus. Beträgt er auch nur 270.000 Schilling, so ist doch, zusammen mit der aufgezeigten Kreditschmälerung die Tendenz klar erkennbar, an den Aufwendungen für die Friedhöfe ohne Rücksicht auf ihr Aussehen möglichst zu sparen. Die Betriebsleitung wird, selbst unter Anwendung unkaufmännischer Prinzipien, einerseits dazu verhalten, die Wirtschaftlichkeit als obersten Grundsatz zu beachten, andererseits aber einer Kritik an dem unzureichenden Zustand der Gebäude,

Straßen, Wege und Einfriedungen ausgesetzt, da sie nicht allen Wünschen nach Behebung solcher Mängel voll Rechnung tragen kann. Unter diesen Umständen wäre es angezeigt, zumindest die vom Friedhofsbetrieb erwirtschafteten Gelder, diesem zur Gänze für die Erfüllung seiner Aufgaben zu belassen.

In anderen Städten des In- und Auslandes gelten Friedhöfe als Kulturstätten und werden teilweise mehr oder minder aus allgemeinen Steuergeldern erhalten, während man sich in Wien kaum des Eindrucks verwehren kann, daß sie seitens der Stadtverwaltung fast ausschließlich nur als notwendige öffentliche Sanitätseinrichtungen gewertet werden und die Mittel für ihre Erhaltung und ihren Betrieb die Bevölkerung separat aufzubringen habe.

Für die 20 im Nordwestteil von Wien gelegenen städtischen Friedhöfe werden vom Friedhofsbetrieb schon seit Jahren dringende Anträge für den Erwerb jener Grundstücke, welche schon lange in gewidmeten Friedhofserweiterungen liegen, gestellt und oftmals urgiert. Sie haben bisher nur in ganz wenigen Fällen und im bescheidenen Maße zu einem Erfolg geführt. Der Flächenvorrat für die Anlage neuer Gräber ist daher zum größeren Teil verbraucht worden. Bei 14 Friedhöfen besteht derzeit überhaupt keine Reserve mehr. Die vorhandenen freien Flächen der sechs Friedhöfe Südwest, Ober St. Veit, Baumgarten, Neustift, Sievering und Grinzing reichen kaum mehr für fünf Jahre. Dabei sind erst in den letzten zwei Jahren die wichtigen Friedhöfe Hietzing, Hütteldorf, Hadersdorf, Ottakring, Hernals und Dornbach ausgefallen. Im Grinzinger Friedhof wird die Flächenreserve im Frühjahr 1962 aufgebraucht sein. Dies führte unter anderem bereits im Jahre 1961 zu einem wirtschaftlichen Rückschlag. Während bis 1960 die jährlichen Mehreinnahmen an Gebühren drei bis 3,5 Millionen Schilling betrugen, schienen im Jahre 1961 überhaupt keine auf, da viele Parteien gezwungen waren, Gräber auf anderen Friedhöfen mit billigeren Gebühren, zum Beispiel auf dem Wiener Zentralfriedhof, erwerben zu müssen. Bei einem Dauern dieses Zustandes müßte der Betrieb, sofern er sich weiterhin selbst erhalten muß, Einsparungen machen, die jedoch, soll keine Stockung im Betrieb eintreten, vorwiegend nur beim Bauaufwand möglich sind. Die Folge davon wäre eine Verschlechterung des Aussehens der Friedhöfe.

Die schon seit längerer Zeit fühlbar werdende Verknappung an Personal für das Gräbergraben hat die Magistratsabteilung 43 veranlaßt, alle möglichen Arten von Aufgrabungsmaschinen des In- und Auslandes versuchsweise einzusetzen. Es konnte jedoch mit keinem einzigen dieser Geräte der gewünschte Erfolg erzielt werden. Auch die Bestrebungen der Magistratsabteilung 48, einen hierfür geeigneten Apparat zu konstruieren, blieben bisher ergebnislos.

Die nach dem zweiten Weltkrieg einsetzenden Modernisierungsbestrebungen auf allen Gebieten des Städtebaues machen immer raschere Fortschritte. Vor den Toren der Friedhöfe haben sie jedoch haltgemacht. Die Versuche der Magistratsabteilung 43 bezüglich der Friedhöfe zu einer neuzeitlichen Gestaltung im großen sowie der einzelnen Grabstellen zu gelangen, können nur Stückwerk bleiben, da sie bei den hiezu berufenen Stellen kein Verständnis finden.

Die Instandsetzungs- und Ausbauarbeiten in den städtischen Friedhöfen wurden im laufenden Jahre fortgesetzt. Erweiterungsflächen wurden lediglich bei den Friedhöfen Simmering und Mauer im Ausmaße von etwa 8.000 Quadratmeter einbezogen, jedoch noch nicht aufgeschlossen.

An größeren Bauarbeiten sind in kommenden Jahre vorgesehen: Fortsetzung des Umbaus des ehemaligen Wohnhauses in der Gruppe 61 des Wiener Zentralfriedhofes zu Bedienstetenräumen, Umbau eines ehemaligen Gast- und Wohnhauses auf der Erweiterung des Neustifter Friedhofes zu einem Betriebsgebäude, Errichtung eines neuen Tores und einer stabilen Einfriedung entlang der Südgrenze des Jedleseer Friedhofes und eventuelle Vergrößerung der dortigen Aufbahrungshalle und Neubau einer Aufbahrungshalle im Rodauner Friedhof. Daneben sollen an zahlreichen Objekten Instandsetzungsarbeiten vorgenommen und verschiedene Einfriedungen repariert werden. Der Ausbau der in der letzten Zeit eingefriedeten Erweiterung soll fortgesetzt, Straßen, Wege und Wasserleitungen instandgesetzt und die Grünanlagen ausgestaltet werden.

Die Magistratsabteilung 43 ist weiterhin bemüht, auf dem Wiener Zentralfriedhof ein öffentliches Verkehrsmittel, wie es bereits in den vergangenen Jahren mitgeteilt wurde, zur Ein-

führung zu bringen. Hierzu ist die Verlegung von 885 Gräbern erforderlich. Bei 210 Gräbern ist sie bereits erfolgt, für weitere 391 haben die Benützungsberechtigten schon ihre Zustimmung schriftlich gegeben. Für die restlichen Gräber ist die Zustimmung der Benützungsberechtigten noch ausständig, aber nicht weil sie sich weigern, sondern weil sie nur auf einem sehr umständlichen Weg zu eruieren sind. Aus diesen Gründen kann ein Termin für den Abschluß der Arbeiten, die für die Einführung eines öffentlichen Verkehrsmittels noch notwendig sind, nicht angegeben werden.

Hinsichtlich der bereits zur Schließung vorgesehenen Friedhöfe und der beabsichtigten Schließung einiger anderer, deren Be-lagraum voll ausgeschöpft ist, werden immer wieder Stimmen aus der Bevölkerung laut, die die Besorgnis äußern, daß solche Friedhöfe gänzlich verschwinden werden und damit auch das Schicksal einer Anzahl von Gräber berühmter Persönlichkeiten in Frage gestellt ist.

Dazu muß nun folgendes gesagt werden: Ehe ein Friedhof, für den der Gemeinderat die Sperre beschlossen hat, wirklich zur Schließung kommt, ist ja noch eine ziemlich lange Frist vorgesehen, während welcher die Ausschmückung der Gräber noch vorgenommen werden kann, auch wenn der Friedhof schon einmal geschlossen ist. Eine solche Auffassung bedürfte auf alle Fälle noch eines weiteren Beschlusses der zuständigen Organe und ich bin überzeugt, daß man einen solchen Beschluß nicht leicht und vor allem nicht, ohne sich die Folgen zu überlegen, fassen wird. Denn selbst ein geschlossener Friedhof, der sich im verbauten Stadtgebiet befindet, bildet noch immer eine äußerst wertvolle Grünfläche, die man sicherlich nicht der Verbauung zum Opfer bringen wird. Damit ist aber auch die Gefahr gebannt, daß Gräber berühmter Persönlichkeiten einfach verschwinden würden. Der St. Marxer Friedhof gibt ja dafür ein deutliches Beispiel.

#### Viel Arbeit mit den Verkehrssignalen

Die Arbeiten der Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten, auf dem Gebiete der Verkehrslichtsignalanlagen waren durch das Inkrafttreten der neuen österreichischen Straßenverkehrsordnung mit 1. Jänner 1961 bestimmt.

./.

Diese Verordnung brachte insbesondere für den Schutz der Fußgänger grundlegende neue Bestimmungen. Sämtliche bisher bestehenden Schutzwege mit Zebramarkierung mußten diesen Bestimmungen entsprechend angepaßt werden. Es war daher erforderlich, daß für die Magistratsabteilung 46 in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion und den Bezirksvorstehungen sämtliche in Wien an 260 Örtlichkeiten vorhandenen Schutzwege dahingehend überprüft wurden, welche Art der Sicherung erforderlich ist, bzw. ob dieser Übergang eventuell im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen aufgelassen werden könnte. Diese Arbeiten mußten im Hinblick auf die Übergangsbestimmungen der zitierten Verordnung bis 30. Juni 1961 abgeschlossen sein. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß es im wesentlichen gelungen ist, diese umfangreichen Arbeiten zu bewältigen. Gewisse Rückstände sind darauf zurückzuführen, daß die Kapazität der Lieferfirmen auch in Österreich bereits erschöpft ist und bei der Lieferung von Schaltgeräten und Bau der Signalanlagen mit längeren Lieferfristen gerechnet werden muß. Insgesamt wurden bisher an 95 Örtlichkeiten Schutzwege mit Blinkanlagen und an zirka 30 Örtlichkeiten Schutzwege mit Sicherung durch Querlinie und dem Verkehrszeichen "Fußgängerübergang" errichtet.

Ferner wurde im heurigen Jahr mit der Errichtung von Signalanlagen insgesamt an 52 Kreuzungsstellen begonnen, hiervon wurden bis zum heutigen Tage solche an 22 Kreuzungsstellen bereits in Betrieb genommen. Von den restlichen Anlagen ist die Fertigstellung in der überwiegenden Mehrheit bis Jahresende zu erwarten. Im Verwaltungsjahr 1961 wurde ferner mit dem Bau der Signalgruppe "Nußdorfer Straße" sowie mit dem Bau der Fernbedienungs- und Fernschzentrale begonnen. Die Arbeiten für die Signalgruppe "Schottentor" wurden fortgeführt. Die Anlage ist im wesentlichen fertiggestellt und wird nach Beendigung der restlichen Straßenbauarbeiten in der Währinger Straße zwischen Maria Theresien-Straße und Hörlgasse voraussichtlich heuer noch in Betrieb genommen.

Im kommenden Jahre ist die Durchführung folgender Projekte vorgesehen: Fertigstellung der Signalgruppe Nußdorfer Straße und Gürtelstraßen, Fortführung der Arbeiten für die Hietzinger Brücke,

Fortführung der Arbeiten für die Signalgruppe Floridsdorf Am Spitz, Fortführung der im Bau befindlichen Fernseh- und Fernbedienungsanlage, Errichtung einer "Grünen Welle" im Zuge der Simmeringer Hauptstraße, Koordinierung der bestehenden Signalanlagen im Zuge der Gürtelstraßen von Nußdorfer Straße bis Mariahilfer Straße, Schließung der bestehenden Signallücken, Errichtung von Signalanlagen an den Kreuzungsstellen: Albertgasse-Josefstädter Straße-Skodagasse, Heiligenstädter Straße-Grinzinger Straße, Marchfeldstraße-Leystraße, Heiligenstädter Straße-Kahlenbergerdorf, Druckknopf für Fußgänger; Landstraßer Gürtel-Kärchergasse; Westbahnstraße-Kaiserstraße; Triester Straße-Raxstraße-Wienerbergstraße, Altmannsdorfer Straße-Breitenfurter Straße, Schweglerstraße-Felberstraße, Hütteldorfer Straße-Johnstraße, Wattgasse-Ottakringer Straße, Ergänzung der Signalanlage "Ringturm" zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Anfahrrichtung über die Augartenbrücke, Ergänzung der bestehenden Signalanlage vor dem Südbahnhof.

Überdies ist die Errichtung von zwölf Blinklichtanlagen zur Sicherung von Schutzwegen mit einem Gesamterfordernis von voraussichtlich 700.000 Schilling vorgesehen.

#### Verbesserungen im Lainzer Tiergarten

Für das Stadtforstamt sind im Rechnungsjahr 1962 erstmals relativ größere Geldmittel für sogenannte Erholungswaldeinrichtungen bereitgestellt worden. Diese Tatsache zeigt, daß die unabschätzbare sozialhygienische Bedeutung des Waldes für die Großstadtbevölkerung eine Anerkennung gefunden hat.

Die Leistungen des Stadtforstamtes dienen im wesentlichen der Walderhaltung und der Waldverbesserung.

Im Jahre 1962 ist der Beginn einer umfassenden Ausgestaltung der städtischen Wienerwaldforste, insbesondere des Lainzer Tiergartens, als erstrangiges Ausflugs- und Erholungsgebiet der Großstadtbevölkerung und zum Schutze der Wiener Landschaft vorgesehen. Diese Ausgestaltung erstreckt sich über eine, dem Widmungszweck der Wälder in Wien entsprechenden landschaftspflegerischen forstlichen Bewirtschaftung, die Anlage und Erhaltung eines geeigneten Wegenetzes mit Lagerwiesen, Trinkbrunnen und die Aufstellung von Ruhebänken, bis zur Errichtung eines zweiten Rasthauses im Lainzer Tiergarten.

Im kommenden Jahr werden auch die Planungsarbeiten für umfangreiche Aufforstungen im 22. Bezirk, ähnlich der Aufforstung am Laaer Berg, in Angriff genommen werden.

Der Mangel an qualifizierten Forstfacharbeitern bedingt durch die höheren Löhne in der Industrie, zwingt sowohl zu einer weitgehenden Mechanisierung der Forstarbeit, mit Einsatz von Maschinen und Spezialgeräten, als auch zur Errichtung von Betriebswohnungen, um ein Abwandern der Arbeiter hintanzuhalten.

Dieser Mangel an Arbeitskräften, sowie die verfeinerten, den wasserwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechenden forstlichen Bewirtschaftungsmethoden, haben auch im Jahr 1961 die Anlage von forstlichen Güterwegen, die weitere Verwendung von vier Holzförderungsseilbahnen und die Neuanlage einer Schlagseilbahn auf der Rax erforderlich gemacht. Nur so war es möglich, innerhalb der planmäßigen forstlichen Bewirtschaftung keine Kahlschlägerungen, sondern eine einzelstammweise oder kleinflächenartige Nutzung und pflegliche Bringung im Interesse der Walderhaltung und der Verbesserung der forstlichen Verhältnisse durchzuführen. Der nachweisliche Rückgang an unbestockten Flächen im Quellenschutzgebiet, wurde durch eine umfangreiche Sicherung der forstlichen Kulturen durch Zäunung und eine entsprechende Wildstandsregelung erzielt. Dadurch, sowie durch die Aufforstung von Dolinen unter Anwendung der modernsten Methoden, wird waldbaulich die Sicherung für eine höchstmögliche Quellwasserschüttung gewährleistet.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Weihnachtsbaum-Richtpreise werden eingehalten  
=====

18. Dezember (RK) Wie das Marktamt der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilt, werden heuer in Wien auf 390 Plätzen Weihnachtsbäume angeboten. Die Anlieferungen sind ausreichend und dürften den gleichen Umfang wie im Vorjahr erreicht haben. Die vom Innenministerium verlangten Ausschreibungen der Richtpreise werden, wie von den Organen des Marktamtes festgestellt werden konnte, überall eingehalten. Sie bewegen sich bei Fichten bis ein Meter zwischen acht und zwanzig Schilling, bis 1.50 Meter zwischen 20 und 30 Schilling und für die Größen 1.50 bis zwei Meter 30 bis 50 Schilling. Für die größeren Bäume zwischen zwei und drei Meter werden 50 bis 100 Schilling verlangt. Etwa ein Fünftel der angebotenen Weihnachtsbäume sind Tannen, für die jedoch keine Richtpreise vorgeschrieben sind. Die Tannenpreise liegen heuer um etwa zehn bis zwanzig Prozent höher als im Vorjahr.

- - -

Beamten-Revirement beim Magistrat  
=====

18. Dezember (RK) Obermagistratsrat Dr. Fritz Delabro, der fünf Jahre lang die Magistratsabteilung 1 (Allgemeine Personalangelegenheiten) leitete, hat einen Posten in der Amtsinspektion der Magistratsdirektion übernommen. Der neue Leiter der Magistratsabteilung 1 ist der bisherige Leiter der Magistratsabteilung 14 (Sozialversicherung), Obermagistratsrat Dr. Franz Skolnik, dessen bisheriger Stellvertreter Magistratsrat Dr. Johann Fürst zum Leiter der Magistratsabteilung 14 aufrückte.

Heute früh wurden die drei Beamten von Personalstadtrat Riemer und Magistratsdirektor Dr. Kinzl in ihr Amt eingeführt. An der Amtseinführung des neuen Leiters der Magistratsabteilung 14 hat auch Stadtrat Maria Jacobi teilgenommen.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:Geschäftsgruppe VIII - Öffentliche Einrichtungen  
=====

18. Dezember (RK) Am heutigen siebenten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde sodann die Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, behandelt. Der Referent Stadtrat Koci (SPÖ) führte aus:

Die Abteilungen, die in der Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, zusammengefaßt sind, erwarten für das Jahr 1962 Einnahmen in der Höhe von 302,8 Millionen Schilling und werden Ausgaben in der Höhe von 686,3 Millionen Schilling tätigen können. Das bedeutet, daß im kommenden Jahr der Abgang dieser Gruppe 383,5 Millionen Schilling betragen wird.

Die Einnahmen dieser Betriebsabteilungen bestehen vorwiegend aus Gebühren auf Grund eines Landesgesetzes oder aus Entgelten gemäß eines Gemeinderatsbeschlusses für die vielen von diesen Abteilungen erbrachten Leistungen.

Weit unter den Selbstkosten

Auf jeden Fall sollten alle diese Gebühren und Entgelte auf der Basis der Selbstkostenerrechnung festgesetzt werden. Daß dies nicht der Fall ist, beweist der Abgang all dieser Betriebsabteilungen, welcher nach Abzug der vorgesehenen Investitionen von 194,3 Millionen Schilling noch immer 189 Millionen Schilling beträgt, also dem Gesamtgebarungsabgang des Budgets für 1962 gleich ist.

Es ist zwar selbstverständlich, daß die Gemeindeverwaltung für die sanitären und hygienischen Notwendigkeiten aufkommt, aber seit Jahren ist es nun so, daß nicht nur die einmaligen Investitionen aus allgemeinen Steuergeldern getragen werden müssen, sondern auch die Betriebsabgänge, obwohl dies - wie schon eingangs erwähnt - nicht im Sinne des Gesetzes liegt.

Einen wesentlichen Teil der Ausgaben bildet der laufende Sachaufwand, nämlich 34 Prozent der Gesamtausgaben dieser Gruppe, das sind rund 256 Millionen Schilling.

Daneben müssen natürlich immer wieder Investitionen getätigt werden, um den Anforderungen und auch den Wünschen der

Bevölkerung in hygienischer und sanitärer Hinsicht gerecht zu werden. Diese Investitionen steigen von Jahr zu Jahr. Man denke da vor allem an die Maßnahmen für zusätzliche Wassergewinnung, eine Investition, die nie aufhören kann, sondern eher verstärkt und intensiviert werden muß.

Rund 194 Millionen Schilling, das sind zirka zwölf Prozent der gesamten baulichen Investition und sonstiger größerer baulicher Herstellungen, einschließlich der Inventaranschaffungen der Gemeindeverwaltung werden durch öffentliche Einrichtungen verwendet werden.

Für die Kanalisation, Magistratsabteilung 30 sind Einnahmen von 44,3 Millionen Schilling und Ausgaben von 84,7 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Einnahmen setzen sich zusammen aus den Kanaleinmündungsgebühren, den Kanalräumungs- und Senkgrubenräumungsgebühren sowie den Kanalverstopfungs- und Senkgrubenmehrerräumungsgebühren, die der Gemeinderat im Februar dieses Jahres neu geregelt hat.

#### Kanalräumungsgebühren seit zehn Jahren unverändert

Wenn man nun die für die Instandhaltung, den Betrieb und die Räumung der Unratskanäle aus den Kanalräumungsgebühren zu deckenden Selbstkosten mit den Einnahmen aus den Räumungsgebühren vergleicht, ergibt sich schon seit Jahren ein immer weiter steigender Betriebsabgang. Diese dem Gesetz widersprechende Entwicklung wurde bereits mehrfach vom Kontrollamt zum Anlaß genommen, auf die seit 1951 nicht mehr nachgezogenen und unregelmäßig Kanalräumungsgebühren hinzuweisen.

Im kommenden Jahr werden allein um zwölf Millionen Schilling wegen des ständig zunehmenden Umfanges der Straßeninstandsetzungen, bzw. Straßenneuherstellungen in erhöhtem Maße alte, auffällige Kanaleinsteigschächte in Beton erneuert und Schachtabdeckungen ausgetauscht, größere Instandsetzungen an der Sohle, den Wänden und Gewölben von überalterten Kanälen durchgeführt, sowie auffällige Ziegelkanäle, aber auch alte Betonkanäle umgebaut.

#### Weiterer Ausbau des Kanalnetzes

Besonders der um die Jahrhundertwende hergestellte Donau-  
felder Sammelkanal zeigt im steigenden Maße Verfallerscheinungen.

Bis jetzt verschlang dieser Umbau über zehn Millionen Schilling. Er soll 1962 um weitere 500 Meter mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Schilling fortgesetzt werden.

Der weitere Ausbau der Kanalisationsanlagen im Jahr 1962 betrifft unter anderem: die Kanalisierung der geplanten städtischen Wohnhausbauten, die Weiterführung des Kaiser Ebersdorfer-Sammelkanals und damit die voraussichtliche Beendigung dieses Bauvorhabens, den weiteren Ausbau des städtischen Kanalnetzes, wobei den Notwendigkeiten auf Verbesserung der sanitären Verhältnisse in den dringendsten Fällen Rechnung getragen werden soll.

43 Millionen Schilling stehen für diese Kanalisierungsprojekte zur Verfügung.

Stadtrat Koci stellte fest, daß trotz dieser Kanalbauten noch große Gebiete unserer Stadt der Kanalaufschließung bedürfen. Zum gegebenen Zeitpunkt werde dem Gemeinderat ein entsprechendes Aufschließungsprogramm für die Kanalisation und auch für die Trinkwasserversorgung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Einige Teile aus diesem Programm sind schon im Budget 1962 enthalten.

Dies zeigen insbesondere die Investitionsausgaben der Wasserwerke. 70 Millionen Schilling werden dort für bauliche Herstellungen bereitgestellt, gegenüber 63 Millionen Schilling im Jahre 1961. Wie notwendig diese Bereitstellung von Mitteln für die Trinkwasserversorgung ist, zeigte die große Trockenperiode im heurigen Jahr in den Monaten August, September, Oktober und der damit verbundene hohe Wasserverbrauch der Wiener.

Die Niederschlagsmengen gemessen am Rosenhügel betrugen im August 28 Millimeter, im September 34 Millimeter und im Oktober 69 Millimeter. Der durchschnittliche Wasserverbrauch in diesen drei Monaten ergab pro Einwohner täglich 284 Liter.

In diesen 90 Tagen war der Wasserverbrauch an 23 Tagen über 300 Liter und an 31 Tagen zwischen 280 und 300 Liter pro Einwohner. Erstmals hatten wir heuer einen Tages-Höchstverbrauch von 373 Liter pro Einwohner.

Im September mußten Wassersparmaßnahmen angeordnet werden.

Die Wiener haben aber durch ihr verständnisvolles Verhalten dazu beigetragen, daß die Wasserversorgung während der kritischen Wochen ohne Unterbrechung **aufrecht** erhalten werden konnte. Erst Mitte Oktober ist die Quellenergiebigkeit gestiegen, so daß am 20. Oktober die Sparmaßnahmen wieder aufgehoben werden konnten.

Solche Trockenperioden und der stets steigende Wasserverbrauch stellen die Verwaltung vor eine doppelte Aufgabe:

Zunächst die, dem steigenden Bedarf entsprechende zusätzliche Wassermengen rechtzeitig zu beschaffen, dann aber diese Wassermengen auch den Verbrauchern zuzuführen.

Ohne Neusiedler Wasserbehälter ginge es nicht mehr

Bisher ist es gelungen - von Ausnahmefällen abgesehen - die Versorgung ungestört **aufrecht** zu erhalten, als Folge einer Reihe von bedeutenden wasserwirtschaftlichen und baulichen Leistungen. Der Errichtung des Großbehälters in Neusiedl am Steinfeld folgte die Vergrößerung der Förderleistung des Grundwasserwerkes Nußdorf. Ohne das Zusammenwirken dieser beiden Anlagen hätte der Wasserbedarf bereits seit Dezember 1960 nicht mehr zur Gänze gedeckt werden können.

Obwohl die Vorarbeiten für die III. Wasserleitung unter Aufwendung erheblicher technischer und finanzieller Mittel mit Nachdruck betrieben werden, ist noch eine beträchtliche Zeitspanne erforderlich, bis auf Grund mehrjähriger Beobachtungsreihen an den offenen Gerinnen und im Grundwasser mit genügender Sicherheit ein Urteil über die Dauerergiebigkeit, über die zulässige Entnahmemenge und über die Auswirkungen der geplanten Entnahme auf den gesamten Wasserhaushalt des südlichen Wiener Beckens gefällt werden kann.

Es ist ein besonders glücklicher Umstand, daß in der Unteren Lobau ein Grundwasservorkommen von ausgezeichneter Qualität entdeckt wurde, das so reichhaltig ist, um damit eine Überbrückung bis zum Anschluß an die III. Wasserleitung 1

zu finden, vorausgesetzt, daß es so rasch wie möglich nutzbar gemacht wird.

Es müssen aber auch viele Kilometer großkalibriger Transportleitungen gelegt und einige Hebwerke gebaut werden, nicht nur von der Unteren Lobau bis zum Anschluß an das bestehende Netz, sondern auch in anderen Stadtteilen, weil das bestehende 60 bis 90 Jahre alte Hauptverteilungsnetz schon jetzt überlastet ist und zusätzliche Wassermengen nicht mehr befördern kann.

Daneben aber besteht auch die wichtige Aufgabe, zu jenen vorwiegend im hügeligen Westen gelegenen Stadtteilen, welche unter zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten zu leiden haben, neue Zubringerleitungen zu legen und dort, wo die fortschreitende Verbauung die Gravitationsgrenze überschreitet, zusätzlich Hebwerke und Hochbehälter zu errichten.

Für alle diese Aufgaben liegt eine vollständige generelle Planung vor und für jene Bauvorhaben, die ohne langwierige Vorstudien begonnen werden können - also vor allem für den Großleitungsbau und den Bau der Behälter und Hebwerke - auch die Detailplanung.

Ebenso liegt die Organisation der Baudurchführung und der zeitgerechten Beschaffung der Leitungsbestandteile, Maschinen usw. so weit vor, daß der Arbeitsbeginn und der Baufortschritt nur noch von der Höhe der jeweils zur Verfügung stehenden Mittel abhängt.

Es ist klar, daß solche Projekte, wie die für eine ausreichende Trinkwasserversorgung unserer Stadt zu sorgen, viele hunderte Millionen Schilling erfordern. Es ist aber ebenso verständlich, daß solche Investitionen sowohl arbeitsmäßig, wie finanziell nicht in kurzer Zeit durchgeführt werden können.

Die Sorge um die Trinkwasserversorgung unserer Stadt rechtfertigt also die hohen Ausgaben der Wasserwerke.

Neben den durch den lebenden Betrieb ausgelösten laufenden Arbeiten sind für 1962 noch folgende bedeutende Arbeiten in Aussicht genommen: Fortsetzung der Vorarbeiten für die III. Wasserleitung, Fortsetzung der Arbeiten an der Nutzbarmachung des Grundwasservorkommens in der Unteren Lobau, Fertigstellung der Schnellfiltermaßnahmen und teilweise Erneuerung der Feinfilter im Wientalwasserwerk sowie außerdem Instandsetzung der Wehranlagen und der Uferschutzbauten, Sicherungsbauten und Fertigstellung des Umgehungsstollens "Tfalgau - Brentenmais", im Zu-

sammenhang mit dem Autobahnbau, Bekämpfung von Druckmangelerscheinungen in höher gelegenen Stadtteilen durch Errichtung von lokalen Drucksteigerungsanlagen und leistungsfähigen Zubringerleitungen, Anschluß von Siedlungsgebieten an die öffentliche Wasserversorgung, schrittweise Sanierung der im Jahre 1960 vom Wasserleitungsverband der Südbahn- und Triestingtalgemeinden übernommenen Leitungsnetze im 23. Bezirk und Erweiterung derselben im Hinblick auf die in Bebauung befindlichen Industriegebiete, weiterer Ausbau des Stadtrohrnetzes sowie sonstige Maßnahmen für zusätzliche Wassergewinnung.

Wiener Wasserrohrnetz 2.167 Kilometer lang

Selbstverständlich darf neben dieser Investitionstätigkeit nicht auf die Erhaltung der baulichen Anlagen und auf die Inventarerhaltung vergessen werden. Diese Erhaltungsarbeiten sind sehr umfangreich. Allein die I. und II. Hochquellenleitung haben eine Leitungsstrecke von 319 Kilometer Länge. Das Wiener Rohrnetz ist sogar 2.167 Kilometer lang.

Interessantes über den Wasserverbrauch:

Bis Ende Oktober 1961 wurden 130 Millionen m<sup>3</sup> Wasser verbraucht, (1960: 126 Millionen m<sup>3</sup>). Das ergibt ein Tagesmittel von 429 Millionen Liter, gegenüber 414 Millionen Liter im Jahre 1960.

Die täglich verbrauchte Wassermenge pro Einwohner unserer Stadt betrug durchschnittlich 276 Liter, gegenüber 267 Liter gemessen zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1960 und 260 Liter des Jahres 1959.

Der Tageshöchstverbrauch wurde am 3. Juli, einem Montag, gemessen, und zwar 373 Liter pro Kopf. Zu beachten ist aber, daß schon seit April und dann ständig jeden Monat bis einschließlich September Höchstspitzen von mehr als 300 Liter aufscheinen.

Der gesamte Wasserverbrauch der Wiener Bevölkerung wurde zu 78 Prozent durch Zuflüsse aus den beiden Hochquellenleitungen gedeckt, der Rest von 22 % durch die vorhandenen Grundwasserwerke in Wien und außerhalb sowie durch sonstige Wassergewinnungen.

Rechnungshof verlangt Nachziehung der Bäderpreise

Städtische Bäder, Magistratsabteilung 44:

Auch bei dieser Abteilung hat das Kontrollamt in seinem Bericht festgestellt, daß ein weiteres Ansteigen des Abganges das nun schon seit Jahren anhält - nur durch eine Nachziehung der Bädergebühren wirksam begegnet werden könnte, welche trotz ständiger Erhöhung der Personal- und Sachaufwendungen ebenfalls seit 1951 unverändert gelten.

Auch der Rechnungshof übte darüber Kritik und stellte ausdrücklich fest "er verkenne durchaus nicht, daß die Gemeinde Wien mit dem Betrieb von Bädern eine Aufgabe im Dienste des Gemeinwohlles erfüllt, glaubt aber, daß die Kosten in erster Linie jenen aufzuerlegen wären, welche die Bäder in Anspruch nehmen." Er tritt daher für eine, wenn auch maßvolle Nachziehung der seit fast einem Jahrzehnt unverändert gebliebenen Bäderpreise ein.

Bis jetzt mußten rund 50 Prozent der Betriebskosten aus allgemeinen Steuergeldern getragen werden. Im Jahre 1962 werden es bereits 56 Prozent sein. Das sind nicht weniger als 25 Millionen Schilling. Bei den Einnahmen der Bäder kommt noch ein besonderer Faktor dazu, nämlich die Zahl der Besucher, wobei im Sommer die Witterungsverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Im heurigen Sommer konnten wir uns über den Besuch unserer Sommerbäder nicht beklagen. 1.481.719 Badegäste wurden gezählt, das sind um 290.301 mehr als im Vorjahr, wo ja bekanntlich der Sommer wettermäßig und daher auch besuchsmäßig sehr schlecht gewesen ist.

Dieses herrliche Sommerwetter lockte natürlich auch unsere Kinder in die Bäder. 709.253 Kinder, um 150.661 mehr als in der Badesaison 1961, erfreuten sich in den 31 Kinderfreibädern der Stadt Wien.

Weniger gut gehen die Warmbäder. Bis Ende Oktober wurden 4.194.121 Besucher gezählt, um 109.556 weniger als im Jahre 1960. Davon waren 2.986.744 Besucher der Brausebäder, 284.759 Besucher der Wannenbäder, 385.053 Besucher der Dampfbäder und 384.175 Besucher der Schwimmhallen.

Dazu sei bemerkt, daß besonders ein Besucherrückgang bei den Brausebädern II. Klasse zu verzeichnen war, wie in den vorhergegangenen Jahren. Die Brausebäder I. Klasse hatten sogar einen geringfügigen Mehrbesuch.

Die Wannenbäder und die Schwimmhallen vermerken eine steigende Tendenz.

Die Bäderverwaltung wird im kommenden Jahr voraussichtlich 19,7 Millionen Schilling an Einnahmen erwarten, muß aber an Personalaufwand 23,5 Millionen Schilling und für den laufenden Sachaufwand aller 67 städtischen Badeanstalten 21,3 Millionen Schilling bereitstellen.

#### Baubeginn beim Floridsdorfer Bad

Die Gemeindeverwaltung wird für 1962 an Budgetmitteln für Investitionen zur Verfügung stellen: für die Volksbäder 360.000 Schilling, für die Hallen- und Warmbäder 5,3 Millionen Schilling, für die Sommerbäder 7,3 Millionen Schilling und für die Kinderfreibäder 3,1 Millionen Schilling.

Besonders erwähnenswert ist die weitgehende Fertigstellung der Modernisierung des städtischen Amalienbades, die Projektverfassung des Floridsdorfer Warmbades mit Schwimmhalle und Beginn der Bauarbeiten, Überdachung des Sommerschwimmbeckens im Theresienbad, Projektverfassung für den Einbau einer Sauna im Warmbad Liesing und - wenn möglich - noch Baubeginn im Jahre 1962, im Sommerbad Laaer Berg die Schaffung von Schattenplätzen, die weitere Modernisierung des Ottakringer Sommerbades und schließlich in Strebersdorf die Fertigstellung des 32. Kinderfreibades der Gemeinde Wien.

Die städtischen Wäschereien, Magistratsabteilung 45, veranschlagen Einnahmen von 23,7 Millionen Schilling und Ausgaben von 25 Millionen Schilling. Es ist dies die einzige betriebsmäßig geführte Abteilung, die eine ausgeglichene Gebarung zeigt.

Sieht man von den Investitionen - meist Inventaranschaffungen - ab, so ergibt sich als finanzielles Ergebnis des laufenden Betriebes kein Abgang. Diese Gebarung ist aber nur möglich, weil die Waschleistung laufend gesteigert werden konnte.

Betrug sie noch 1955 im Monatsdurchschnitt 417.000 Kilogramm, stieg sie bis Oktober dieses Jahres auf 504.000 Kilogramm.

Unbeschadet der Tatsache, daß infolge Personalmangels zeitweilig eine geringe Wäschemenge an private Wäschereien und an Anstalts-wäschereien zur Reinigung abgegeben werden mußte, erbrachte die Magistratsabteilung 45 von Jänner bis Oktober eine Waschleistung von fünf Millionen Kilogramm Reinwäsche, um 16.000 Kilogramm mehr als im Vorjahr.

#### Neue Wäscherei bei der Müllverbrennungsanlage

Nachdem die Planung einer neuen Wäscherei im Anschluß an die Müllverbrennungsanlage vorgesehen ist, werden laufend nur solche dringend notwendigen Waschmaschinen angeschafft, die dann auch in der neuen Wäscherei verwendet werden können. Diese Anschaffungen allein überschreiten die Gebahrung dieses Betriebes.

Die Errichtung einer neuer Wäscherei wird erforderlich, da sowohl der bauliche Zustand, als auch ein großer Teil der maschinellen Einrichtungen der gegenwärtig in Betrieb stehenden Zentralwäscherei in der Schwenkgasse sehr veraltet ist.

Die modernen technischen Einrichtungen in der neuen Wäscherei werden überdies die Möglichkeit bieten, den Anteil der Personalkosten im Gesamtbudget des Betriebes zu senken und außerdem werden für das Personal in sozialer Hinsicht wesentliche Verbesserungen geschaffen werden können.

#### Straßenlänge Wien-Athen ist zu reinigen

Stadtreinigung und Fuhrpark, Magistratsabteilung 48:

Ich erlaube mir zunächst auf die vordringlichste Arbeit der Stadtreinigung einzugehen: Für die Wiener Stadtreinigung beginnt mit der Winterperiode die verantwortungsvolle Aufgabe, die Auswirkungen von Schnee und Eis auf den Wiener Verkehrsflächen möglichst zu mildern. Es ist dies keine kleine Aufgabe, da die in Betracht kommenden Flächen rund 20 Millionen Quadratmeter oder etwa 1.900 Kilometer Fahrbahnlänge umfassen, das ist eine Strecke von Wien bis Athen.

Die Vorbereitungen für den Winterdienst beginnen schon Monate vorher. Die Glatteis- und vor allem die Schneepflugeinsätze erfolgen nach bestimmten Fahrtrouten. Diese werden selbstverständlich jedes Jahr im Hinblick auf inzwischen eingetretene Änderungen - wie zum Beispiel Einrichtung neuer Einbahnstraßen

und ähnliches - neu festgesetzt. Nach ihrer Dringlichkeit werden sie in sogenannte A- und B-Routen eingeteilt.

Die ersteren umfassen die Hauptverkehrslinien und die verkehrswichtigen Durchzugsstraßen, die letzteren die Verbindungsstraßen zwischen ihnen und den Nebenstraßen. Die Anzahl der Schneeräumrouten beträgt in der Gruppe A: 41 und in der Gruppe B: 132.

Je nach der Beschaffenheit der Straßen werden für die Räumstrecken die Fahrzeuge mit den entsprechenden Pflügen bestimmt, wobei für bestimmte Routen im Hinblick auf Dringlichkeit oder mit Rücksicht auf die Breite der Straße auch mehrere Schneepflüge eingesetzt werden.

#### Bereits 208 Schneepflüge

Die Gemeindeverwaltung, im zuständigen Falle die Magistratsabteilung 48, verfügt über eine Reihe verschiedener Ausführungsformen von Pflügen. Angefangen von den kleinen Pflügen, die in eng verbauten Straßen eingesetzt werden, bis zu den schweren allradgetriebenen Lastkraftwagen, welche für die breiten Ausfahrtsstraßen bestimmt sind.

Viele Fahrzeuge werden heuer mit einer neuen, von der Hauptwerkstätte des städtischen Fuhrparks entwickelten Pflugtype - den Torsionsfederpflügen - ausgestattet, die nicht nur eine gute Räumarbeit, sondern auch eine große Unempfindlichkeit gegen Beschädigungen erwarten lassen.

Die Anzahl der von der Stadt Wien für den Winterdienst bereitgestellten Pflüge beträgt 157 Stück, hiezu kommen noch 51 Pflugfahrzeuge von Privatfuhrwerkern, denen die Stadt Wien die Pfluggeräte beistellt.

Insgesamt kann man also bei Großeinsätzen mit einer Gesamtzahl von 208 Schneepflügen rechnen. Damit stehen heuer um rund 15 Prozent mehr Pflüge als im Vorjahr zur Verfügung.

#### Heuer höhere Schneearbeiterlöhne

Eine wichtige Aufgabe bei der Schneebeseitigung ist jedoch deren Wegschaffung von den Verkehrsflächen, die in erster Linie an den verkehrsreichen Straßenkreuzungen notwendig ist, aber auch in immer stärkeren Maße in vielen wichtigen Verkehrsstraßen erforderlich wird.

Ein längeres Liegenlassen der Schneehaufen bildet sowohl für den fließenden, wie auch für den ruhenden Verkehr eine starke Behinderung. Mit der Beseitigung muß daher unmittelbar nach Aufhören der Schneefälle begonnen werden. Die wesentlichste Hilfe haben hierbei bisher die von der Abteilung für Stadtreinigung aufgenommenen Schneearbeiter geleistet, mit deren Mithilfe auch in diesem Winter gerechnet wird.

Um einen kleinen Anreiz für die Arbeit zu geben, wurden im Einvernehmen mit den Wiener Verkehrsbetrieben höhere Schneearbeiterlöhne festgesetzt: Arbeitskräfte unter 17 Jahren sieben Schilling, bisher 5.50 Schilling; Arbeitskräfte über 17 Jahren acht Schilling, bisher 6.50 Schilling; Arbeitskräfte über 18 Jahren bei Nachtarbeit neun Schilling, bisher 7.30 Schilling.

Vergleichsweise sei angeführt, daß der kollektivvertragsmäßige Stundenlohn für Hilfsarbeiter im Baugewerbe seit 1. Jänner 1961 8,60 Schilling beträgt.

In welchem Ausmaß sich auch heuer im Hinblick auf diese Entlohnungssätze Schneearbeiter melden werden, wird sich beim ersten größeren Schneefall zeigen.

An maschinellen Einrichtungen für die Schneeabfuhr stehen zur Verfügung: zwei Großlademaschinen amerikanischer Bauart (Type Barber Green), 17 Kleinlademaschinen (Type Snow Boy), eine Seitenschneefräse und eine Schneeschleuder, sechs Frontschaufeltraktoren und andere mehr.

Es ist außerdem für die Schneeabfuhr wieder in Aussicht genommen, neben den städtischen Lastkraftwagen auch Privatfuhrwerker in Anspruch zu nehmen.

#### Die Glatteisbekämpfung

Für die Glatteisbekämpfung steht gleichfalls eine große Anzahl von Fahrzeugen bereit. Zum Großteil sind es dieselben Fahrzeuge, wie sie für die Schneeräumung verwendet werden, wobei die Ladefläche für die Aufnahme des Streugutes eingerichtet ist. Die Streuvorrichtungen, mit denen diese Fahrzeuge ausgestattet sind werden durchwegs elektrisch betrieben.

Insgesamt stehen 64 Streufahrzeuge zur Verfügung, wobei auch hier die Größe der Fahrzeuge verschieden ist und sie dementsprechend eingesetzt werden können.

Für die Bestreuung der breiten und langen Ausfahrtsstraßen dienen Großsandstreuer, welche ein Aufnahmevermögen von fünf bis sechs Kubikmeter Streugut besitzen, und bei denen die Zubringung und Verteilung des Streugutes vollkommen automatisch erfolgt.

Ein wichtiges Problem für den Einsatz der Fahrzeuge zur Glatteisbekämpfung bildet ihre rasche Wiederbeladung mit Streumaterial. Die in früheren Jahren vielfach noch mit den Händen durchgeführte Ladearbeit ist nicht nur zeitraubend, sondern wegen Fehlens der entsprechenden Arbeitskräfte heute praktisch nicht mehr möglich. Dieselbe erfolgt daher nur noch maschinell oder durch Ausnützung eines Höhenunterschiedes mittels Schwerkraft.

Schneeräumung und Schneeabfuhr werden aber immer umfangreicher, besonders durch den verstärkten Ausbau und die Vergrößerung der Verkehrsflächen, aber auch schwieriger durch den ständig wachsenden Verkehr.

Sowohl der flutende, aber noch mehr der ruhende Verkehr bilden eine starke Behinderung der Schneeräumarbeiten, ja sie machen diese vielfach wirkungslos.

Der Fließverkehr, der heute auch nicht einmal in den Nachtstunden für kurze Zeit zum Stillstand kommt, preßt den frisch gefallenen Schnee bereits auf der Fahrbahndecke fest, bevor es noch möglich ist, die Pflüge überall einzusetzen und erschwert damit das Beiseiteschaffen.

Die vielen parkenden Fahrzeuge verhindern wieder, daß der Schnee bis in das Rinnsal geschafft wird, womit die Schneemahd vor die Fahrzeuge zu liegen kommt und die beim Herausfahren wieder in die Mitte der Fahrbahn gelangt.

Als einzige wirkungsvolle Erleichterung wirkt sich hier das Verbot des Parkens von Fahrzeugen in Straßen mit Straßenbahngleisen aus, womit wenigstens auf diesen Fahrbahnen - die in Wien den wesentlichsten Teil der Hauptverkehrsstraßen bilden - der Schnee bis an den Gehsteig herangebracht und damit eine gründliche Freimachung ermöglicht wird.

Es sei daran erinnert, daß das Schienenstraßenparkverbot vom 15. Dezember bis 31. März wieder uneingeschränkt gilt, also die Ausnahmestunden für die Nachtzeit während dieser Periode aufgehoben sind.

Wenn auch von Seiten der Stadt Wien mit den angeführten Maßnahmen versucht wird mit Schnee und Eis auf den Verkehrsflächen fertig zu werden, so wird es nie gelingen, sie gänzlich zu beseitigen.

Es liegt daher nach wie vor in erster Linie bei den Verkehrsteilnehmern, insbesondere bei den Kraftfahrern, durch ihr Verhalten im Straßenverkehr und ihre Einstellung auf die jeweiligen, durch die Witterung bedingten Straßenverhältnisse sich und andere nicht zu gefährden und damit niemandem zu körperlichen und materiellen Schaden zu bringen.

Die Obsorge der Stadtreinigung in der Betreuung der Straßen Wiens ist selbstverständlich in den Sommermonaten nicht minder, es kommt höchstens - besonders bei längeren Trockenperioden - noch eine unangenehme Staubplage hinzu, aber auch dagegen ist vorgesorgt:

Die Magistratsabteilung 48 hat vier eigene Nutzwasserzapfstellen, welche sowohl für die notwendigsten Waschungen der Verkehrsflächen und speziell für Märkte, als auch für den Bedarf der Magistratsabteilung 42, Stadtgartenamt, in Anspruch genommen werden. Zwei weitere solcher Zapfstellen sind derzeit im Bau und es gehen auch die Bemühungen dahin, weitere Möglichkeiten, wie zum Beispiel alte Brunnen auf städtischen Grundstücken zu ermitteln und als Nutzwasserzapfstellen einzurichten.

#### Umorganisierung der Müllabfuhr

Eine weitere wichtige Aufgabe der Magistratsabteilung 48 ist die Hauskehrichtabfuhr und die Hauskehrichtbeseitigung. Im Jahre 1961 wurde bei der Müllabfuhr eine wesentliche Neuerung eingeführt, und zwar durch die begonnene Umstellung der bisherigen 90 Liter-Koloniagefäße auf 110 Liter-Rundtonnen. Diese Gefäßart wurde nach mehrmonatigen Versuchen mit verschiedenen Ausführungen und im Einvernehmen mit der Wiener Firma Austria Email und der Firma Ochsner aus Zürich entwickelt. Sie bringt eine Reihe von Vorteilen gegenüber der bisherigen Ausführung. Das ist zunächst der um 20 Liter größere Inhalt, welcher durch die auch in Wien in Erscheinung tretende Tendenz notwendig wird, nämlich daß der Müll wohl leichter, jedoch voluminöser wird. Außerdem ist bei diesen neuen Gefäßen die Anbringung geräuschkämmender Einrichtungen - wie Gummiringe am

Deckel und Boden - möglich, sodaß die Stadt Wien damit auch zur Bekämpfung des Großstadtlärms beiträgt.

Eine weitere Neuerung im Zusammenhang mit den 110-Liter Tonnen besteht bei der Entleerung derselben in die Müllwagen insoferne, als dieser Vorgang nunmehr vollkommen automatisch vor sich geht. Die 110-Liter-Gefäße werden hydraulisch gehoben und in den Müllwagen gekippt. Der Wegfall dieser, für den Müllarbeiter besonders anstrengenden Arbeitsverrichtung, bedeutet eine wesentliche Erleichterung in der Mülleinsammlung.

Die weitere Umorganisierung der Müllabfuhr mit den Großgefäßen, bzw. die Umstellung auf eine öftere Einsammlung wurde in Angriff genommen.

Bei der Mülleinsammlung mit 35-Liter-Mülleimern ist die Zahl der eingestellten Gefäße durch Einbeziehung weiterer Stadtteile in die staubfreie Müllabfuhr von 36.500 auf 43.350 Gefäße angestiegen.

#### Mistquantum in einem Jahr um ein Achtel gestiegen

Im Berichtsjahr wurden rund zwölf Millionen Entleerungen von Großgefäßen und rund 1,550.000 bei den 35-Liter-Gefäßen gezählt.

Insgesamt wurden damit zirka 900.000 Kubikmeter Müll abgeführt, dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung des angefallenen Mülls um 12,5 Prozent, also um ein Achtel.

Die Beseitigung des Mülls erfolgt durch Ableeren auf den Ablagerungsplätzen in Wien 10, Löwygrube, 22, Bruckhaufen, 23, Mauer sowie in Niederösterreich in Schwechat und Vösendorf.

Nachdem diese Ablagerungsplätze infolge der Steigerung des angefallenen Mülls sehr bald aufgefüllt sein werden, ist es nur selbstverständlich, daß die Stadtverwaltung großes Augenmerk auf die Fertigstellung der Müllverbrennungsanlage legt. Die Arbeiten am Bau der Müllverbrennungsanlage werden planmäßig fortgesetzt. Das Waaghaus ist bereits baulich nahezu fertig und auch seine maschinelle Einrichtung ist bereits zu einem Großteil vorhanden. Das Hauptgebäude ist zu zwei Drittel im Rohbau fertig. Die Montage der Ofen- und Kesselanlage ist bereits im Gange.

Der Fernheizkanal zum Steinhof ist bis auf kleine Reststücke fertig und am Fernheizkanal zum Wilhelminen Spital wird bereits mit den Bauarbeiten begonnen. Im Jahre 1962 wird der Hauptteil der Fertigstellungsarbeiten erfolgen. Dafür sind 37,3 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Fülle der Aufgaben bringt es mit sich, daß der Magistratsabteilung 48 insgesamt 248,6 Millionen Schilling an Ausgaben erwachsen, wobei für den laufenden Betrieb einschließlich des erforderlichen und notwendigen Personalaufwandes allein 188,5 Millionen Schilling bereitgestellt werden müssen. Für den dringenden Bedarf an neuen Investitionen und an Neuanschaffungen des Fahrparks, des Maschinenparks und sonstiger Geräte stehen rund 60 Millionen Schilling zur Verfügung.

Demgegenüber stehen Einnahmen von 85,9 Millionen Schilling, in der Hauptsache Einnahmen durch die Hauskehrrichtabfuhrgebühren, die mit 64 Millionen Schilling präliminiert sind. Das bedeutet, daß die Magistratsabteilung 48, Stadtreinigung und Fuhrpark, im kommenden Jahr auf Grund des vorgelegten Voranschlages einen Gebarungsabgang von 162,7 Millionen Schilling aufweist.

Stadtrat Koci dankte abschließend allen seinen Mitarbeitern im Gemeinderatsausschuß VIII, allen Arbeitern und Angestellten sowie leitenden Beamten seiner Abteilungen und auch dem Stadtbaudirektor mit seinem Beamtenstab für ihre wertvolle Mitarbeit.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Die Zentralsparkasse fördert die Filmerziehung  
=====

18. Dezember (RK) Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat schon wiederholt durch großzügige Unterstützungen die Filmerziehung an den Wiener Schulen gefördert. Nun hat sie anlässlich der Eröffnung einer Vortragsreihe im Pädagogischen Institut der Stadt Wien den Wiener Schulen zwei Schmaltonfilmgeräte und acht Tonfilmkopien gespendet. Es handelt sich um wertvolle Spielfilme, die als Spitzenleistungen auch international anerkannt sind.

Die Vortragsreihe "Filmerziehung im Unterricht", die in Zusammenarbeit der Zentralsparkasse, der Schulbehörde und dem Landesjugendreferat Wien mit einem Einleitungsreferat von Prof. Dr. Edith Rauser dieser Tage eröffnet wurde, wird im Jänner mit Vorträgen ausländischer Fachleute im Pädagogischen Institut, 7, Burzgasse 14-16, fortgesetzt werden.

- - -

Buchgemeinschaft spendet Bücher für Altersheimpfleglinge  
=====

18. Dezember (RK) Die Mitglieder der Buchgemeinschaft Donauland haben insgesamt 14.000 Bücher gespendet, die als Weihnachtsgeschenk für die Pfleglinge der Altersheime in allen Bundesländern bestimmt sind. Auf die Wiener Altersheime entfallen 3.000 Bücher, die Mittwoch, den 20. Dezember, um 10.30 Uhr, von Stadtrat Maria Jacobi und Stadtrat Dr. Glück im Altersheim Lainz übergeben werden.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, an der Übergabefeier im Altersheim Lainz am Mittwoch, dem 20. Dezember, um 10.30 Uhr, teilzunehmen.

- - -

## Ferdinand Bonn zum Gedenken

=====

18. Dezember (RK) Auf den 20. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Burgschauspielers Ferdinand Bonn.

In Donauwörth geboren, studierte er an der Universität München, ging aber bald zur Bühne und debütierte am Stadttheater in Nürnberg. 1891 wurde er an das Burgtheater verpflichtet und errang vor allem bei der Jugend großen Erfolg. Man erkannte in ihm den genialen Künstler, der mit Kraft und Leidenschaft agierte. Von Wien ging Bonn nach Berlin, wo er zuerst am Königlichen Schauspielhaus auftrat und 1905 sein eigenes Theater eröffnete. Er schrieb auch eine große Zahl von Stücken, die interessante Rollen für ihn enthielten. Später unternahm er Gastspielreisen und entdeckte den Zirkus als Schaubühne. Unter schärfstem Protest der Öffentlichkeit wurde Shakespeares "Richard III." von ihm im Zirkus Busch gespielt. Nach dem ersten Weltkrieg verlegte sich Ferdinand Bonn immer mehr auf seine schriftstellerische Tätigkeit. Er veröffentlichte humoristische Erzählungen und seine Memoiren, die interessante Einblicke in das Theater- und Gesellschaftsleben der damaligen Zeit gewähren. Ferdinand Bonn ist am 24. September 1933 zu Bernau in Oberbayern gestorben.

- - -

## Gratulation an Prof. DDr. Rittler

=====

18. Dezember (RK) Zum 85. Geburtstagsfest des Univ.-Prof. DDr. h.c. Theodor Rittler haben Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl dem verdienten Rechtswissenschaftler in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschriften übermittelt.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

### Debatte über die Geschäftsgruppe VII

Als erster Redner der Spezialdebatte zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe VII ergreift GR. Hausner (KLS) das Wort. Er beschäftigt sich zunächst mit Verkehrsfragen und stellt fest, daß die stürmische Entwicklung die Stadtverwaltung vor große Aufgaben gestellt hat. Es ist manches im Interesse der Verkehrsteilnehmer geschehen, es werde aber noch sehr viel auf diesem Gebiet getan werden müssen. So etwa müßten zahlreiche Übergänge, vor allem auch in den Außenbezirken, noch entsprechend gesichert werden. Der Redner spricht sich zugleich dagegen aus, daß die Verkehrsorgane von den automatisch geregelten Straßenübergängen jetzt abberufen werden sollen, und meint, die Stadtverwaltung dürfte diese Entscheidung nicht stillschweigend hinnehmen. In der Verkehrserziehung an unseren Schulen wurde von der Verkehrspolizei wertvolle Erziehungsarbeit geleistet, die allerdings in der Praxis nur dann den gewünschten Erfolg zeigen wird, wenn auch im Verkehrsnetz die erforderlichen Sicherheitseinrichtungen verwirklicht werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die immer noch große Zahl der Verkehrsunfälle.

Die Lärmplage in der Großstadt könne kaum verhindert werden. Was aber unterbunden werden könnte, ist der Lärm in den Ausflugsgebieten. Man sollte in der Umgebung Wiens daher nicht jeden Verkehrsweg der Motorisierung preisgeben. Positiv hebt er hervor, daß die sogenannten "Schlurfraketen" in der letzten Zeit weniger auffallen.

Bei der Anbringung von Leuchtreklamen wird dagegen immer noch zu wenig Rücksicht auf die ruhebedürftige Bevölkerung genommen. Die Errichtung des Ausflugsrestaurantes an der Himmelstraße bezeichnet er als einen wenig glücklichen Gedanken, denn es wird damit in einem Ausflugsgebiet ein unerwünschter Verkehrserreger geschaffen. Er bemängelt auch, daß die Hauptallee im Prater für alle Fahrzeuge offensteht. Die Erholungsgebiete der Wiener, sagt er, werden auch durch Parzellierungen, wie sie etwa auf der Hohen Wand-Wiese vorgenommen wurden, immer wieder gefährdet. Das "wilde Siedeln", erklärt er, sei nicht nur eine Angelegenheit der Baupolizei, es müßten dagegen auch klare gesetzliche Maßnahmen

geschaffen werden. Er begrüßt die in Aussicht gestellte Fortsetzung der Aufforstungen und richtete an den Stadtrat die Frage, welche Gebiete im 22. Bezirk hierfür vorgesehen sind. Gerade in diesen Teilen Wiens wäre die Aufforstung von großer Bedeutung, da sich dort eine starke Versandung und Austrocknung bemerkbar macht.

Er verlangt dann, man müßte bei Erteilung von Hausabbrüchen mehr als bis jetzt darauf achten, daß die Abbrüche von den Bauherren nicht zu Spekulationszwecken mißbraucht werden. Die jetzige Praxis bei den Genehmigungen von Überschreitungen der Bauhöhen erachtet er als nicht geeignet, die mangelhafte Disziplin der Bauherren zu verbessern. Er beschäftigt sich dann mit der Beleuchtung und verlangt in einem Antrag, man möge die in der letzten Zeit geschaffenen Straßen in einigen Gebieten links der Donau in die öffentliche Beleuchtung einbeziehen.

Im Einvernehmen mit den zuständigen Bezirksvorstehungen müßte man feststellen, welche Wiener Friedhöfe erhalten und welche aufgelassen werden sollen. Man kann nicht einerseits sagen, daß die Stadtverwaltung gegen Großfriedhöfe ist, aber zur selben Zeit davon sprechen, daß soundsoviele Bezirksfriedhöfe aufgelassen werden sollen. Auch die Gestaltung unserer Friedhöfe läßt noch immer zu wünschen übrig. Durch die Schaffung von Musteranlagen könne vielleicht ein erster Schritt zur Neugestaltung und ein Anreiz für die Bevölkerung, ihre Gräber ähnlich anzulegen, geboten werden. Heute steht auf den Friedhöfen noch Stein an Stein und man müßte endlich von der Anlage solcher Gräberfelder abgehen. Bedauerlich sei das ständige Steigen der Begräbniskosten und die Tatsache, daß man auf bestimmten Ortsfriedhöfen zur Eindämmung der Belagszahlen höhere Gräbergebühren bezahlen muß.

Abschließend erklärt GR. Hausner, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen werde.

GR. Nesset (FPÖ) stellt fest, daß im Mittelpunkt der Gruppe VII die Baupolizei stehe, werde doch von ihr das ganze Bauge-schehen unserer Stadt weitgehend beeinflußt. Eine wesentliche Frage auf diesem Sektor sei die der Bauklassen. Es nützen die besten Gesetze nichts, wenn immer wieder Sondergenehmigungen gegeben werden. Besonders in den Außenbezirken und Erholungsgebieten

müßte mit den Ausnahmegewilligungen sehr rigoros vorgegangen werden. Der Bevölkerung würde dadurch ein großer Dienst erwiesen. Der Redner erhebt die Forderung, Augenscheinverhandlungen bei Hausumbauten und dergleichen zu einem Zeitpunkt einzuberufen, da mit dem Bau noch nicht begonnen wurde. Dezeit sei dies leider sehr oft nicht der Fall. Bezüglich der Häuser in der Sterngasse, über die bereits wiederholt gesprochen wurde, bittet er Stadtrat Lakowitsch um Aufklärung, was hier bereits unternommen wurde und was man weiter zu tun gedenke.

Die öffentliche Beleuchtung sei in den letzten Jahren sehr entscheidend verbessert worden. Anders ist es vielfach noch in manchen Randgebieten. Hier müßte noch viel nachgeholt werden. Der Redner spricht im besonderen vom Gebiet des Biberhaufens, in dem wohl Verkehrswege angelegt wurden, aber keine öffentliche Beleuchtung mit Hausanschlußmöglichkeit besteht. Den alten Gaslaternen sollte man keine Träne nachweinen. An ihrer Stelle könnte man Beleuchtungskörper anbringen, die sich ebenfalls dem Stil der Umgebung anpassen. Im Türkenschanzpark wurde das vorzüglich gelöst.

Auf dem Verkehrssektor wächst durch die übergroße Ausdehnung des Großstadtverkehrs auch die Sorge um die Sicherheit des einzelnen Verkehrsteilnehmers. Es ist auf diesem Gebiet, im besonderen bei der Anlage von automatischen Verkehrsampeln, viel geschehen. Ungünstig wirkt sich diese automatische Regelung für die bevorrechteten Fahrzeuge aus, bei denen es oft auf jede Minute ankommt. Es wäre daher zu empfehlen, auch an den automatisch geregelten Kreuzungen einen Verkehrsposten zu belassen, der in solchen Fällen helfend eingreifen kann. Bei unregelmäßigen Kreuzungen sollten nicht nur Nachrangtafeln, sondern auch Vorrangtafeln aufgestellt werden.

Der Redner tritt auch für eine Koordinierung der einzelnen Arbeiten ein. So dürfte es nicht vorkommen, wie es zum Beispiel in Gersthof der Fall war, daß heute Zebrastreifen angelegt werden, morgen dann aber an der selben Stelle von Kabellegern aufgerissen wird.

Auf dem Sektor der Verkehrserziehung fordert der Redner die Errichtung von Verkehrs-Kindergärten. Pinkafeld habe bereits einen vorzüglichen Verkehrs-Kindergarten, der sich gut bewährt.

Bei der Auflassung von Friedhöfen müßte jeder einzelne Fall genau überprüft werden, sowohl was den Bedarf, als auch die Lage und den kulturellen und historischen Bereich des Friedhofes betrifft.

So wurde einmal über die geplante Auflassung des Kalksburger Friedhofes berichtet, weil er im dicht verbauten Gebiet liegen soll. Tatsächlich ist es so, daß er inmitten von Weingärten liegt und zu den schönsten unserer Stadt zählt. Hugo von Hofmannsthal liegt auf diesem Friedhof und sein Grab wird von vielen Leuten, auch Ausländern aufgesucht. Leider sei die gesamte Planung auf dem Friedhofssektor noch sehr unklar. Selbst den zuständigen Stellen des Magistrates sei noch nicht bekannt, welche Friedhöfe man weiter belegen wird und welche aufgelassen werden sollen.

Erfreulich sei die Arbeit der Stadtforste, die neben der Fortführung der Aufforstung am Laaer Berg auch im 22. Bezirk mit der Aufforstung beginnen wollen. Eine dringende Forderung sei die Erhaltung des Lainzer Tiergartens in seiner natürlichen Form.

Abschließend stellt GR. Nessel fest, daß die FPÖ den Ansätzen der Gruppe VII die Zustimmung geben wird.

GR. Bolaffio (ÖVP) erklärt, daß die Geschäftsgruppe VII auf dem Verkehrssektor viel geleistet hat. Ihre Arbeit galt der Erhaltung der Flüssigkeit des Verkehrs und der Sorge um die Sicherheit der einzelnen Verkehrsteilnehmer. Alle Maßnahmen wurden so getroffen, daß sie in das große Konzept der baulichen Gestaltung unserer Stadt eingefügt werden können. Auf dem Gebiet der Verkehrs sind wir aber leider trotzdem im Rückstand. Aber wer hätte 1947, als es 28.000 Kraftfahrzeuge gab, erwartet, daß wir 1961 nicht weniger als 280.000 Fahrzeuge verzeichnen würden. Es ist jetzt daher schon höchste Zeit, daß man die für den Verkehr vordringlichen Maßnahmen ergreift, wobei selbstverständlich der Charakter dieser Stadt erhalten werden muß.

Der Redner vertritt erneut die Forderung nach einer zweiten Verkehrsebene und erinnert in diesem Zusammenhang an die Vorschläge der ÖVP. Der öffentliche Verkehr müßte mehr Anreiz bieten durch günstige Tarife, kürzere Intervalle und günstige Umsteigmöglichkeiten. Zur Verbesserung des Individualverkehrs wären aufnahmefähige Durchzugs- und Umfahrungsstraßen notwendig. Auch die Überprüfung und Neueinteilung der Vorrangstraßen wäre dringlich; bedeutungsvoll wäre ferner der Ausbau von Schnellzubringerstraßen.

Der Redner begrüßt die Schaffung von Fußgängerpassagen, die als einzige wirklichen Schutz bieten. ./. .

In der Inneren Stadt sollten möglichst keine öffentlichen oder privaten Dienststellen sowie Großverteilungsanlagen sein, weil diese starke Verkehrserreger sind. Den Bau von unterirdischen Garagen bezeichnet der Redner als unaufschiebbar. Eine Erweiterung der Kurzparkzonen in der Inneren Stadt ist nur möglich, wenn zuerst genug unterirdischer Parkraum vorhanden ist. Ein Problem für sich stellen die Dauerparker dar, die täglich von 8 bis 17 Uhr die Parkflächen des 1. Bezirkes mit Beschlag belegen.

Sehr bewährt haben sich in England die sogenannten denkenden Ampeln, die durch Schwellenkontakte die Umschaltung vornehmen. Man sollte auch in Wien mehr solcher Ampeln einrichten.

GR. Bolaffio gibt dann verschiedene Anregungen aus Kreisen der Kraftfahrer und Fußgeher weiter. Man sollte das Links- und Rechtsabbiegen schon bei gelbem Licht gestatten. Eine einheitliche Schaltung der Verkehrsampeln mit blinkendem Grünlicht und gleichzeitiger Rot-Gelb-Stellung sowie ein ununterbrochener 24 stündiger Betrieb wäre wichtig. Günstig wäre auch die automatische Schaltung aller Verkehrsampeln, wobei allerdings ein Polizist in der Nähe sein müßte, der sicher noch immer genug zu tun hätte. Bei sehr breiten Fahrbahnen sollte man Schutzinseln für die Fußgeher anlegen.

GR. Bolaffio bemängelt, daß die Bodenmarkierungen häufig nach kürzester Zeit verblassen und regt an, man möge einmal den Versuch mit einer neuartigen Plastikmasse, einer österreichischen Erfindung, machen. Er ist der Ansicht, daß damit eine wesentlich höhere Haltbarkeit der Bodenmarkierungen zu erzielen wäre.

Als unhaltbaren Zustand bezeichnet er, daß an Baustellen die Lagerung der Baumaterialien oft allzu lang den Verkehr behindern. Seiner Ansicht nach wäre es vielleicht auch möglich, die gesetzlichen Bestimmungen für den Abtransport des Erdmaterials von den Baustellen dahin zu ändern, daß für diese Zwecke eine Erlaubnis für den Einsatz von schweren Lastkraftwagen zugelassen werden könnte. Auch im Bereich der Straßenbahn, die der Redner als das immer noch zweckmäßigste und leistungsfähigste Verkehrsmittel bezeichnet, ließensich im Hinblick auf den Verkehr manche Vorteile schaffen. In ~~einem Antrag~~ setzt er sich für die Überprüfung der derzeitigen Straßenbahn- und Autobushaltestellen ein. Dabei soll festgestellt werden, ob eine Verbesserung des Verkehrsflusses durch geringfügige Verlegungen der Haltestellen möglich wäre.

Eine weitere Anregung betrifft die Staffelung der Arbeitszeit, wie sie bereits in anderen Großstädten vorgenommen wird. Er ist der Ansicht, daß selbst geringfügige Verschiebungen des Arbeitsbeginnes in größeren Unternehmungen Vorteile für den Gesamtverkehr bringen könnten.

Der Magistratsabteilung 46 gebühre für ihre Leistungen, die meist in Nachtstunden bewältigt werden müssen, der Dank der gesamten Bevölkerung. Abschließend beschäftigt er sich mit den Hauptursachen der Verkehrsunfälle und führt hiefür an erster Stelle die Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen bei einer großen Zahl der Kraftfahrzeuglenker an. Weitere Ursachen sind Unachtsamkeit, Überheblichkeit, Rücksichtslosigkeit und der Alkohol.

Als nächster Redner beschäftigt sich GR. Arch. Ing. Lust (ÖVP) mit dem Personalmangel bei verschiedenen Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe VII. Dieser Mangel, hauptsächlich an technischem Personal, sagt er, wirke sich bereits sehr ungünstig aus und verursacht große Verzögerungen bei der Erledigung der Amtshandlungen. Er verweist im Zusammenhang auf die Ursachen dieses Personalmangels, den er vor allem in einer im Vergleich zur Privatwirtschaft geringen Entlohnung und auch mit den geringen Aufstiegsmöglichkeiten erblickt. Er verweist darauf, daß viel kleinere Abteilungen weitaus besser dotiert sind, und auch mehr Posten in den höheren Dienstklassen aufweisen. Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, daß ein Nachlassen in der Konjunktur den Wandel bringen könnte, man müsse vielmehr schon jetzt gegen den Personalmangel etwas unternehmen. Seiner Meinung nach könnten Diplomingenieure aus einigen Abteilungen des Stadtbauamtes zur Baupolizei versetzt werden. Auch eine teilweise Motorisierung und andere organisatorische Maßnahmen könnten die Arbeit der baupolizeilichen Behörde erleichtern.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Bauordnung und meint, sie müßte einer Novellierung unterzogen werden. Eine Neufassung hält er nicht für notwendig, da sich unsere Bauordnung als ein gutes Instrument erwiesen habe. Sie müßte nur dem heutigen rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mehr angepaßt werden. Er unterbreitet dann dem Gemeinderat fünf Vorschläge, deren

Behandlung er als dringend bezeichnet. Der erste betrifft die Schaffung eines Kommassierungsgesetzes, das bei der Assanierung von Teilgebieten unserer Stadt von größter Wichtigkeit wäre, weil es eine gerechte Verteilung von Lasten und Vorteilen für jene Grundeigentümer mit sich bringen würde, die im Zuge der Neuordnung der Bebauung dieser Stadtteile entstehen. Sein zweiter Vorschlag geht dahin, gleichzeitig mit dem Kommassierungsgesetz eine Vorlage auszuarbeiten, die die Schaffung von Aufbaugemeinschaften vorsieht, wie dies bereits in der Bundesrepublik Deutschland geschehen ist. Diese treten in Aktion, wenn vom Gemeinderat die Assanierung eines Stadtteiles mit dem entsprechenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplan besprochen wird. Weiters soll die Genehmigung und Handhabung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes den neuzeitlichen Erfordernissen angepaßt werden. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, in die Bauordnung schon jetzt Bestimmungen über die unterirdischen Bauflucht- und Baulinien im Hinblick auf die zweite Verkehrsebene aufzunehmen. Sein letzter Vorschlag betrifft die Erweiterung des Fachbeirates um geeignete Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, um einen Verkehrsingenieur und eventuell einen Fachmann der Statistik.

Die Novellierung der Bauordnung, die sich im kleinen Rahmen halten kann, wird der Baupolizei ein verbessertes Rechtsinstrument unserer ansonsten guten Bauordnung in die Hand geben, um ihre Aufgaben zeitgemäß erfüllen zu können.

Der Redner tritt sodann dafür ein, die Magistratsabteilungen 18 und 19, die als bauordnende Faktoren anzusprochen sind, aus der Gruppe VI herauszunehmen und der Gruppe VII einzugliedern. Es würden dadurch in der einen Geschäftsgruppe alle baudurchführenden, in der anderen alle bauordnenden Agenden vereinigt sein. Damit würde sich die Gemeinde Wien von dem Vorwurf reinigen, daß sie für ihre Bauvorhaben und die damit zusammenhängenden Flächenwidmungs- und Bebauungspläne einen anderen Maßstab anlegt, als beim privaten Bauherren.

Die städtische Forstverwaltung habe ihre Aufgabe vorbildlich erfüllt und mitgeholfen, das Erholungsgebiet der Wiener zu erhalten. Es erscheine jedoch notwendig, um die ungehinderte Benützbarkeit des Wald- und Wiesengürtels zu erhalten, den Ankauf von

Gründen in diesem Gebiet zu forcieren. Dadurch könnte auch das wilde Bauen verhindert werden.

Abschließend stellt der Redner fest, daß die Gruppe VII im abgelaufenen Jahr auf allen ihren Gebieten gute Leistungen erbracht hat. Die Erfüllung einiger gestellter Vorschläge würde ihre Aktionsfähigkeit noch erhöhen. Die ÖVP werde den Ansätzen zustimmen. (Beifall.)

GR. Weisz (SPÖ) bezeichnet die Tätigkeiten der Geschäftsgruppe VII als sehr wichtig, unterstehen ihr doch Abteilungen, die für die Entwicklung unserer Stadt von entscheidender Bedeutung sind. Um ein weiteres gutes Arbeiten zu gewährleisten, müßte jedoch auch die Bauordnung einer Novellierung unterzogen werden. Eine wichtige Aufgabe wäre es auch, das Grünland unserer Stadt zu erhalten. Um zu dichte Verbauungen zu verhindern, wäre Besiedlungsdichte und die Geschoßflächendichte gesetzlich festzulegen.

Zum Mangel an Technikern: Dieser Mangel bestehe nicht nur bei der Gemeinde Wien, sondern in der gesamten österreichischen Wirtschaft. Er habe leider auch dazu geführt, daß man fertiggestellte Wohnhäuser ein halbes Jahr nicht benützen könnte, würde man ihre Kommissionierung abwarten.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß sich manche Bauten privater Bauherren nicht in das Stadtbild einfügen. Auch ihrer Verpflichtung bezüglich der Gehsteigherstellung kommen sie vielfach nicht nach. Die Geschäftsgruppe VII sei sicherlich ständig bemüht, alles dazu zu bringen, daß die Bauordnung eingehalten werde. Durch die Novellierung der Bauordnung könnten noch einige Gesetzeslücken geschlossen werden.

Der Redner hebt dann die Leistungen der einzelnen Abteilungen dieser Geschäftsgruppe hervor, die trotz großem Personalmangel vorbildlich sind. Zur Erleichterung einer konsequenten Abstimmung aller Arbeiten regt er an, die Pläne für Neu- und Einbauten nach dem gleichen Maßstab zu erstellen.

Auf dem Sektor der öffentlichen Beleuchtung sei sehr viel geschehen, in Döbling vielleicht sogar etwas zu viel. Die Meinungen gehen hierin etwas auseinander.

Tatsache aber ist, daß die Lampen auf großen Holzmasten, die anstelle der Gaslaternen aufgestellt wurden, die Landschaft nicht verschönern. Auf dem Sektor der öffentlichen Beleuchtung und auch bei der Errichtung von Verkehrsampeln dürfte man nicht auf die Außenbezirke vergessen. Die Verwendung der Gasentladungslampen hat sich als sehr gut erwiesen. Sie brauchen nicht nur weniger Strom, sondern haben auch eine viel längere Lebensdauer.

Der Redner verlangt die Schaffung koordinierter Lichtsignalanlagen und die stärkere Einrichtung von "grünen Wellen". Der ruhende Verkehr wird ein immer schwierigeres Problem; die Schaffung von Dauerparkplätzen ist deshalb immer dringender.

Bei den Friedhöfen erinnert der Redner an die Vorschläge der sozialistischen Fraktion zur Schaffung eines Waldfriedhofes im Gebiet des Schottenwaldes. Er hoffe auch, daß der Widerstand der katholischen Kirche gegen die Feuerbestattung eines Tages doch aufgegeben werden wird.

Das Forstamt leistet wichtige Arbeit für den stadtnahen Erholungsraum. Das Grundkonzept zum Ausbau des Lainzer Tiergartens findet die volle Unterstützung der Sozialisten. Abzulehnen ist aber die Errichtung von Planschbecken und Spielplätzen im Tiergarten, weil dadurch die Ruhe der Besucher gestört würde.

Es wäre wert, die Lobau zu neuem Leben zu erwecken und zu einem Naturpark für die Wiener auszugestalten.

Der Redner begrüßt die Schaffung einer gemeinsamen Kommission mit Niederösterreich, die sich mit der Landesplanung beschäftigt; denn der Wald- und Wiesengürtel muß erhalten bleiben.

Im übrigen gab der Redner die Zustimmung der SPÖ-Fraktion zu den Ansätzen der Gruppe VII.

Stadtrat Lakowitsch dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für die lebhafte Anteilnahme und die wertvollen Anregungen.

Weitere Schutzstreifen für Fußgänger werden nach der Dringlichkeit angelegt werden. Man kann natürlich nicht alles auf einmal machen.

Für den Abzug der Polizisten von den automatischen Kreuzungen ist nur die Polizei zuständig. Wir können diese Maßnahme nur bedauern.

Das Problem Rettung und Feuerwehr bei automatischen Ampeln geht weit über unsere Grenzen hinaus. Alle Versuche im Ausland haben bisher nicht befriedigen können. Die beste Lösung wäre eben ein Polizist, der die Kreuzung freigibt.

Die Verkehrserziehung der Jugend **zeitigt bereits Früchte**. Die Kinder sind den Erwachsenen schon weit überlegen. Hoffen wir, daß die Eltern hier von ihren Kindern lernen.

Für die Errichtung von Lichtreklamen ist eine Baubewilligung notwendig; bei der Kommissionierung wirken Verkehrsabteilung und Gesundheitsamt mit.

Die Freigabe der Hauptallee für Kraftfahrzeuge: jetzt, wo der Fassungsraum des Stadions erweitert wurde, dürften die anderen Zufahrtswege allein nicht ausreichen.

Bei Parzellierungen im Erholungsgebiet geht die Gemeinde Wien sehr streng vor.

Im 22. Bezirk ist vorerst die Errichtung von Windschutzstreifen vorgesehen, dann erst kann mit der Aufforstung begonnen werden. Ein entsprechender Antrag wird demnächst dem Gemeinderat vorgelegt.

Wir haben wohl ausreichende Gesetze gegen das wilde Siedeln, aber wie schon gesagt, die rechtliche Durchsetzung anders als durch Anwendung physischer Mittel ist schwierig.

Was die Ausnahmen von der Bauordnung betrifft, so sind solche eben nach der Bauordnung möglich. Sie müssen aber vom zuständigen Ausschuss beschlossen werden. Man kann daher sicher sein, daß nur bewilligt wird, was zu rechtfertigen ist.

Den Antrag, in dem GR. Hausner die Einbeziehung einiger Siedlungsgebiete im 22. Bezirk in die öffentliche Beleuchtung verlangt, empfiehlt er dem Gemeinderatsausschuss VII zuzuweisen.

Er beantwortet dann einige an ihm gerichtete Fragen über Friedhöfe und macht darauf aufmerksam, daß zwischen einer Schließung und dem Auflassen eines Friedhofes ein langer Weg liege. Er versicherte, daß kein Wiener Friedhof ohne vorherige Einvernahme mit den zuständigen Bezirksvertretungen zur Schließung empfohlen wird. Man dürfe aber bei der Behandlung dieser Frage nicht wirtschaftliche Vernunft außer Acht lassen. Die geringe Größe der Urnengräber, sagte er, wurde mit Recht kritisiert; es wurden aber bereits Maßnahmen getroffen, die eine Vergrößerung dieser Gräber vorsehen.

Was die Vorwürfe gegen den Einbau von Maschinen im Wohnobjekte betrifft, sagt der Referent, handle es sich hier vor allem auch um eine gewerbliche Maßnahme.

Ausnahmegenehmigungen bezüglich der Bauhöhe werden gewissenhaft geprüft, und zwar zusammen mit der Magistratsabteilung für Architektur, die in solchen Fällen ein gewichtiges Wort zu sprechen hat.

Die Sicherung der Schutzstreifen für Fußgänger sei eine Angelegenheit, mit der sich die zuständigen Stellen sehr gewissenhaft befassen. Die Schaffung solcher Sicherheitsmaßnahmen hängt von der Bereitstellung finanzieller Mittel ab; die Entscheidungen werden stets im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen getroffen.

Die Kennzeichnung von Vorrangstraßen wurde bis jetzt auf den Hauptverkehrsstraßen getroffen. Würde man aber diese Kennzeichen überall anbringen, wo sie hingehören, dann würde das die Aufstellung eines großen Mastenwaldes von 5000 bis 6000 weiteren Verkehrstafeln bedeuten.

Kinderverkehrsgärten könnten nur in Wohngebieten errichtet werden, allerdings fehlt es in solchen verbauten Gebieten an geeigneten Grundstücken.

Stadtrat Lakowitsch beantwortet dann einige Anfragen über die Fußgängerampeln, über die Kurzparkzonen und die Verwendung des Fernsehens bei der Verkehrsregelung.

Die Lagerung von Baumaterialien an Baustellen, führt er weiter aus, werden in der Regel nur kurzfristig erteilt. Er bittet aber zu bedenken, daß im Hinblick auf den Arbeitermangel immer größere Maschinen eingesetzt werden müssen, die dementsprechend mehr Platz brauchen.

Die angeregte Herabsetzung der Gewichtsbeschränkung für schwere Lastkraftwagen ist ein Problem, das nicht so leicht zu lösen sein wird. Die Abteilung für Straßenbau hat wiederholt Bedenken geäußert und verweist auf die mancherorts zu geringe Tragfähigkeit der Straßendecken.

Der Referent unterstreicht dann die Ausführungen von GR.Lust hinsichtlich des Personalmangels bei der Baupolizei. Dennoch sind die Organe der Baupolizei stets bemüht, ihre Aufgaben verantwortungsvoll zu erfüllen.

Er begrüßt die Grundkäufe der städtischen Forstverwaltung und gibt der Meinung Ausdruck, daß solche Grundkäufe überall dort durchgeführt werden sollen, wo hierfür erträgliche Bedingungen vorhanden sind.

Überhaupt müsse die Erhaltung unserer Grünflächen allen am Herzen liegen.

Bei den vorgebrachten Wünschen nach Errichtungen von Kiosken oder Tankstellen könne man nicht genug hart sein. Jede beantragte Abweichung von der Bauordnung wird vom Gemeinderatsausschuß sorgfältig überprüft und in Hinkunft werde dies auch bei den Fragen der Art unserer öffentlichen Beleuchtung geschehen.

Die Regelung durch Verkehrsampeln gilt nach der Straßenverkehrsordnung auch für Fußgänger. Bei Umbauten wird man jedoch nach Möglichkeit für Fußgänger separate Ampeln anbringen. Die Verwendung der Bodenschwellensteuerung wäre bei uns nicht zweckmäßig, da sie durch die rasche Aufeinanderfolge der einzelnen Fahrzeuge illusorisch wäre.

Der Zentralfriedhof werde keinesfalls vergrößert werden. Die vorgesehenen Erweiterungsflächen werden im städtebaulichen Grundkonzept bereits teilweise als Industriegelände vorgesehen.

Die Errichtung eines Waldfriedhofes sei nach den Erfahrungen anderer Städte nicht leicht durchzuführen. Die alten Bäume, die für diesen Waldfriedhof stehen bleiben sollen, sterben nämlich nach Entfernung des Unterholzes und der sie umgebenden Bäume ab.

Die Frage der Kremation sei heute vielleicht nicht mehr eine religiöse, sondern es liege vielmehr in der Mentalität des Menschen, daß er sich nicht gerne verbrennen läßt.

Der Lainzer Tiergarten wird sicherlich noch weiter ausgestattet werden. Diesbezügliche Verhandlungen sind bereits im Gange. Die Errichtung einer Mauer um die neu einbezogenen Gebiete würde rund vier Millionen Schilling kosten. Vielleicht läßt sich aber hier ein Weg finden durch einen Beitrag der Autobahn und durch Verteilung der Kosten auf mehrere Jahre.

In der Lobau ein Erholungsgebiet zu schaffen, wäre zweifellos richtig. Leider ist aber der Teil, der im Besitz der Gemeinde Wien ist, ein Rückstellungsfall und soll mit dem Bund gegen eine Fläche im Gebiet der II. Hochquellenleitung getauscht werden.

Der Referent appelliert an die Stadtverwaltung, auch dann keine Grünflächen zu opfern, wenn man vielleicht durch die Verbauung als Industriegebiet höhere Einnahmen an Gewerbesteuer erwartet.

./..

Abschließend ersucht er, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe zuzustimmen. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Grupp VII ohne die Stimmen der KPÖ angenommen.

Der Antrag der KLS, einige Straßen in Siedlungen in die öffentliche Beleuchtung einzubeziehen, wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß VII zur Beratung zugewiesen.

Der Antrag der ÖVP, betreffend Verlegung von Straßenbahn- und Autobushaltestellen, wurde zur weiteren Behandlung einstimmig den Gemeinderatsausschüssen VII, XI und XII zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

#### Das Werden des Bundeslandes Wien

=====

18. Dezember (RK) Das Archiv der Stadt Wien zeigt ab heute in seiner Gangausstellung im Rathaus, 1. Stock, Stiege 6, Protokolle, Gesetze und Beilagen zum Thema "Das Werden des Bundeslandes Wien".

Wien ist als jüngstes der Bundesländer Österreichs seit 1. Jänner 1922, also seit 40 Jahren, ein selbständiges Bundesland.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 18. Dezember  
=====

18. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 2 Ochsen, 9 Stiere, 74 Kühe, 1 Kalbin Summe 86. Neuzufuhren Inland: 127 Ochsen, 256 Stiere, 636 Kühe, 177 Kalbinnen, Summe 1.196. Gesamtauftrieb: 129 Ochsen, 265 Stiere, 710 Kühe, 178 Kalbinnen, Summe 1.282. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 10 bis 12 S, extrem 12.30 bis 13.30 S, Stiere 10.50 bis 12.50 S, extrem 12.70 bis 12.90 S, Kühe 7.80 bis 10 S, extrem 10.10 bis 10.50 S, Kalbinnen 10.80 bis 12 S, extrem 12.20 bis 12.50 S; Beinlvieh Kühe 5.50 bis 7.70 S, Ochsen und Kalbinnen 7 bis 10.60 S.

Bei gleichbleibender Qualität ermäßigte sich der Durchschnittspreis für Inlandrinder bei Ochsen um 27 Groschen, bei Stieren um 2 Groschen, bei Kühen um 15 Groschen, bei Kalbinnen um 30 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis beträgt für Ochsen 10.69 S, für Stiere 11.54 S, für Kühe 8.26 S, für Kalbinnen 10.61 S; Beinlvieh verbilligte sich um 20 Groschen je Kilogramm.

In der Zeit vom 9. bis 15. Dezember 1961 wurden 237 Rinder außer Markt bezogen.

- - -

Neues Landesgesetzblatt  
=====

18. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt enthält das vom Wiener Landtag am 20. Oktober beschlossene Gesetz über die Einhebung von Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen.

Das Landesgesetzblatt ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Öffentliche Einrichtungen

GR. Maller (KLS) polemisiert in einer scharfen Rede erneut gegen die Kanalbenützungsgebühr, die er als unsozial bezeichnet.

Bei den Wasserwerken habe sich nichts geändert. Auch heuer wurde das Wasser im Sommer wieder knapp. Wenn es nach Stadtrat Koci gehe, dann können die Wiener noch mit zehn Jahren Wasserknappheit rechnen.

Der Redner versicherte auch, daß seine Fraktion sich gegen die beabsichtigte Erhöhung der Bäderpreise stellen werde.

Mit der Einführung des 35-Liter-Gefäßes feiert das Mistkistel Wiederauferstehung. Es gibt aber auch in Siedlungsgebieten Stockwerkhäuser. In denen müßten diese Kübel in der Wohnung untergebracht werden.

Auch daran, daß die Schneesäuberung meist nicht funktioniert, trage Stadtrat Koci die Schuld. Der Redner fordert höhere Schneearbeiterlöhne.

Abschließend erklärt GR. Maller, seine Fraktion werde den Anträgen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) sagt, alle Ansätze, die wir beraten haben und in den nächsten Tagen noch beraten werden, zeigen inflationistische Tendenzen. Aus diesem Grund hat seine Fraktion gegen das Gesetz Stellung genommen, das die Grundlage für die Erhöhung der Kanalräumungsgebühr geben sollte. Wir sind gegen jede Gebührenerhöhung, weil die öffentliche Hand die Verpflichtung hätte, die Welle der Preissteigerungen nicht mitzumachen.

Zum Kapitel Kanalisation verweist GR. Peter auf die immer noch bestehende Rattenplage, die er als sehr arg bezeichnet und die seiner Ansicht nach auf die vielen veralteten Kanäle zurückzuführen ist. Er spricht sich daher für eine Sanierung des alten Kanalnetzes aus.

Das Defizit der städtischen Wasserwerke, sagt er, steigt immer mehr, und zwar auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgaben-seite. Die Kritik, daß die III. Wiener Wasserleitung noch immer nicht fertig ist, bezeichnet er als berechtigt. Er glaube daher, man müßte die Herstellung dieser Wasserleitung beschleunigen.

./.

Die Planung neuer Bäderanlagen findet seine volle Zustimmung. Es wäre zu begrüßen, würden noch mehr Kinderfreibäder gebaut werden. Auf die letzte Badesaison zurückkommend, erinnert er daran, daß einige private Bäder trotz der ungünstigen Wetterprognose länger offen gehalten haben. Er ist der Ansicht, daß dies auch die städtischen Sommerbäder tun hätten können. Zugleich warnt er vor einer Erhöhung der Bäderpreise.

Bei den städtischen Wäschereien falle ihm auf, sagt er, daß wegen Personalmangels Wäschestücke an private Wäschereien gegeben werden mußten. Er bittet um Auskunft, warum gerade die städtischen Wäschereien unter Personalmangel leiden.

Zum Kapitel Straßenreinigung bemerkt er, daß kritisieren leichter sei, als das Bessermachen. Er ist der Ansicht, daß man Naturereignissen schwer beikommen könne und daß wir mit unserer Schneesäuberung zufrieden sein können. Bei der Kehrriktabfuhr macht er darauf aufmerksam, daß in der letzten Zeit auch Versuche mit der Erzeugung von Mülltonnen aus Kunststoff unternommen werden. Er meint, man solle auch in Wien dieser Neuerung Aufmerksamkeit schenken.

Abschließend kommt er auf den zu erwartenden Mangel an Schneearbeitern zu sprechen und bedauert, daß wir für solche Zwecke nicht eine Art Arbeitsdienst haben. Ein solcher Arbeitsdienst wäre seiner Ansicht nach zweckmäßig und könnte auch erzieherisch wirken. Mit der Versicherung, daß es sich bei dieser Anregung um seine ausschließlich persönliche Meinung handle, erklärt er, daß die FPÖ den Ansätzen der Geschäftsgruppe VIII zustimmen werde.

GR. Titze (ÖVP) bezeichnet den Voranschlag der Geschäftsgruppe für Öffentliche Einrichtungen als bescheiden. Er begrüßt die Planung eines Bades in Floridsdorf, desgleichen auch die Modernisierungsarbeiten im Amalienbad und die Errichtung der Schwimmhalle im Theresienbad in Meidling. Er bedauert aber, daß wir zu wenig Kinderfreibäder haben, vor allem in den engverbauten inneren Bezirken.

Wenn auch mit der fortschreitenden Bautätigkeit in den Neubauten immer mehr Bäder entstehen, sollten seiner Meinung nach die städtischen Badeanstalten nicht vernachlässigt werden. Es gäbe noch viele Menschen, ohne eigenes Badezimmer und die würden für jede Verbesserung in den öffentlichen Bädern dankbar sein.

Die städtischen Wäschereien, sagt er, entsprechen den Anforderungen und alle weiteren Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Maschinen führen werden, sind daher zu unterstützen. Als besonders erfreulich nennt er die Planung einer neuen städtischen Zentralwäscherei. Dem Personal der Wäschereien spricht er im Namen seiner Fraktion den Dank für ihre schwere Arbeit aus.

Auch die Erweiterung des Schneeräumungsparkes um 15 Prozent findet seine Zustimmung, ebenso wie die Erhöhung der Schneearbeiterlöhne. Der bevorstehende Winter, sagt er, wird zeigen, ob sich jetzt mehr Arbeitskräfte der Schneeräumung zur Verfügung stellen werden. Er regt zugleich an, man möge die Organisation der Schneesäuberung und der Glatteisbekämpfung einer Revision unterziehen und geeignete Maßnahmen treffen, damit bei Glatteis rechtzeitig alles unternommen werden kann. Positiv nimmt er auch zum Bau der Müllverbrennungsanlage Stellung und regt zugleich die Planung einer zweiten Anlage an.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) erklärt, die Zeit in der wir leben, werde durch Automation, Entwicklung neuer Rohstoffe und vor allem durch die Verwendung der Kernreaktion auch für friedliche Zwecke bestimmt. Trotzdem bleibt eine Zahl von primitivsten Bedürfnissen und dazu zählt der Bedarf an Wasser und der Wunsch nach einwandfreiem Wasser. Während in vielen Gebieten der Welt die Wasserversorgung bereits zu einem Problem geworden ist, sind wir in der glücklichen Lage, in der nächsten Umgebung unserer Stadt ein Grundwasservorkommen zu haben, das helfen soll, Engpässe in der Wasserversorgung zu beseitigen. Bei der Nutzung der Grundwasservorkommen müssen wir jedoch darauf achten, daß sie gesund und keimfrei sind und es auch bleiben und daß durch ihre Nutzung die Landwirtschaft nicht geschädigt wird. Im heurigen Sommer stand die Wasserversorgung unserer Stadt vor einer schwierigen Situation. Die Disziplin der Wiener war aber wirklich lobenswert. Wünschenswert wäre es, daß bei Wasserknapp-

heit die öffentlichen Gärten nur mit Nutzwasser versorgt werden. Der hohe und ständig steigende Wasserverbrauch ist nicht zuletzt auf die sanitären Einrichtungen in den neuen Stadtvierteln und Wohnhausanlagen zurückzuführen. Es ist daher dringend notwendig, die Herbeischaffung von bakteriologisch und chemisch einwandfreiem Wasser zu forcieren. In diesem Sinne wird als Zwischenlösung bis zur endgültigen Errichtung der III. Hochquellenleitung das Wasserwerk Lobau errichtet. Bisher wurde keimfreies und chemisch einwandfreies Wasser mittels Chlorung erreicht, was aber bei zu starker Dosierung unangenehme Geschmackserscheinungen mit sich brachte. Es gibt aber heute bereits andere Verfahren zur Keimfreimachung von Trinkwasser. So hat zum Beispiel Salzburg eine Ozonisierungsanlage gebaut. Die Anlage erzeuge 2.4 Kilogramm Ozon pro Stunde. Dies dient zur Ozonisierung von 1.200 Kubikmeter Wasser pro Stunde. An Raum braucht sie nur zirka 40 bis 50 Quadratmeter. Es wäre wünschenswert, dieses Verfahren auch in Wien anzuwenden. Er stellt den Antrag, im Interesse der Gesundheit und der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit biologisch, chemisch aber auch geschmacklich einwandfreiem Trinkwasser die Errichtung von Ozonisierungsanlagen zu prüfen und zu planen.

Es obliege der Stadtverwaltung aber nicht nur für keimfreies Wasser in genügender Menge zu sorgen, sondern auch Maßnahmen gegen eine plötzlich auftretende radioaktive Verseuchung zu ergreifen. Solche Vorkehrungen müssen für unsere I. und II. Hochquellenleitung getroffen werden. Der Redner stellt auch einen entsprechenden Antrag.

Für unsere Stadt ist aber nicht nur die Herbeischaffung von Trinkwasser von Bedeutung, sondern auch die Ableitung der Abwässer. Im Augenblick sind wir noch in der glücklichen Lage, daß unsere Donau ein schnellfließender Vorfluter ist und voraussichtlich eine Trockenheit, wie im heurigen Jahr, nicht sobald wieder auftreten wird. Es ist jedoch bereits ein Plan ausgearbeitet, Donauwasser zur Bewässerung des Marchfeldes zu verwenden.

./.

Das wird also eine zusätzliche Wasserentnahme aus dem Vorfluter bedeuten und es wäre daher zweckmäßig, die riesigen Mengen von ungeklärtem Abwasser, die durch den Kanal in die Donau gebracht werden, einer Klärung zuzuführen. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Industrie im Gebiet Liesing-Atzgersdorf Brunnen zur Nutzwasserversorgung geschlagen hat. Da in unmittelbarer Nähe jedoch eine Mistablagungsstätte der Gemeinde Wien ist, müßten auch hier Kläranlagen errichtet werden.

Der Redner tritt auch für den Wassertransport in Kunststoffrohren ein. Derartige Trinkwasserleitungen haben sich bereits in vielen Ländern ausgezeichnet bewährt. Auf dem Gebiete der Wasserversorgung müßte alles unternommen werden, denn ohne Wasser sind die Menschen trotz der hohen Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik nicht lebensfähig.

Abschließend stellt Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Strunz fest, daß die ÖVP-Fraktion den Ansätzen zustimmen werde (Beifall).

Gemeinderat Schreiner (SPÖ) bezeichnet die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Gruppe VIII als besonders bemerkenswert. Die Arbeit der Abteilungen dieser Geschäftsgruppe fallen auch meist erst dann auf, wenn einmal etwas nicht funktioniert. Ist aber das Wirken dieser Abteilungen wirklich so selbstverständlich zu nehmen? erinnert sich niemand an den Mistbauer, an das Gangklosett und die Bassena? Haben also die Leistungen in der Geschäftsgruppe VIII nicht wirklichen Anspruch auf volle Anerkennung, umso mehr als die Stadtverwaltung als Entgelt nur etwas mehr als die Hälfte der Selbstkosten wieder einnimmt. 40 Prozent des Betriebsabganges müssen aus Steuermitteln getragen werden.

Hätten wir nicht in den letzten Jahren schon so große Summen für den Ausbau der Wasserwerke ausgegeben, wären wir längst nicht mehr in der Lage, den Bedarf zu decken. Auch für den Neubau von Kanälen sind allein im kommenden Jahr 35 Millionen veranschlagt. Der weitere Ausbau von Kanälen und Wasserleitungen wird nach den Berechnungen von Fachleuten in den nächsten 10 bis 15 Jahren nicht weniger als 5 Milliarden Schilling kosten.

Ein großes Loch reißt auch die Stadtreinigung in den Ausgabensäckel. Dabei macht sich gerade in dieser Abteilung der Mangel an Arbeitskräften besonders bemerkbar.

Erfreuliches ist über die städtischen Bäder zu berichten. Die vorhandenen 67 Badeanstalten werden mit dem Bau des Floridsdorfer Bades und des Strebersdorfer Kinderfreibades um Einrichtungen vermehrt, die besonders für die links der Donau gelegenen Wohngebiete wichtig sind.

Ernster muß der 56-prozentige Betriebsabgang betrachtet werden. Wir sind als Gemeinderäte Verwalter öffentlicher Steuergelder und haben darauf zu achten, daß das Geld zweckmäßig und vernünftig ausgegeben wird. Das Verhältnis zwischen Leistung und Ertrag muß daher erträglich sein, wenn es schon nicht ausgeglichen sein kann.

Volles Lob spendet der Redner den städtischen Wäschereien, die täglich 20.000 Kilo Wäsche waschen und bügeln. Er hoffe, daß der Neubau der Wäschereien recht bald in das Stadium der Verwirklichung tritt.

Abschließend erklärt der Redner, daß die Leistungen aller Abteilungen der Geschäftsgruppe VIII wesentlich zur Gesundheit der Wiener und zur Schönheit unserer Stadt beitragen. Die SPÖ-Fraktion werde daher den Ansätzen die Zustimmung geben. (Beifall).

Stadtrat Koci dankte im Schlußwort den Diskussionsrednern für ihre Ausführungen und beschäftigt sich zunächst mit Gebührenfragen. Er verweist dabei auf die Leistungen der Abteilungen seiner Geschäftsgruppe und erinnert daran, daß vielfach überhaupt keine Gebühren eingehoben werden können, wie etwa bei der Straßenreinigung. Mit den Kanalräumungsgebühren wird sich der Gemeinderat in Kürze noch zu beschäftigen haben. Er stellt aber fest, daß daran gedacht werden muß, wenigstens einen Teil des Aufwandes hereinzubringen. Er selbst habe sich bemüht, die Gebühren so bescheiden wie nur möglich zu halten.

Der Kritik unserer Wasserversorgung seitens Gemeinderat Maller hält er die großen Bauten der städtischen Wasserwerke entgegen. Es bedarf keiner Mahnung an die Stadtverwaltung, für die Wasserversorgung Wiens etwas zu tun. Wenn in den Sommermonaten in Wien wie auch in anderen Ländern Sparmaßnahmen verfügt werden müssen, so kann man noch lange nicht von einer Wassernot sprechen.

Anderswo, wie zum Beispiel in Budapest, wo das Wasser heuer sogar rationiert werden mußte, war es viel schlimmer. Stadtrat Koci nimmt dann Stellung zu der Einführung von 35-Liter-Gefäßen für Kleingärtner. Wenn wir Sauberkeit in unserer Stadt haben wollen, sagt er, dann müssen auch die Kleingärtner ihre Abfälle aus ihren Sommerhäuschen abführen lassen. Es gehe nicht an, erklärt er, daß dort verschiedene Abfälle anderswo abgelegt werden. Die Beschwerden darüber, daß die Benützer der Kleingärten zur Bezahlung der Gebühren für das ganze Jahr herangezogen werden, seien berechtigt. Er sei daher für eine Novellierung. Mit dem Zentralverband der Kleingärtner werden schon Monate darüber Verhandlungen geführt.

Stadtrat Koci beschäftigt sich dann mit der Anfrage, warum der Personalmangel in den privaten Bädern kleiner ist als in den städtischen Badeanlagen. Er verweist darauf, daß die meisten privaten Bäder als Familienbetriebe geführt werden und bei einem Witterungsumschlag rascher ihr Personal herbeiholen können.

Die städtischen Wäschereien konnten die privaten Wäschereibetriebe zur Aushilfe heranziehen, weil diese in den Monaten Oktober und November nach Beendigung der Fremdenverkehrssaison solche zusätzliche Beschäftigung gerne annehmen.

Zum Kapitel Schneesäuberung meint der Referent, daß es kaum jemals gelingen werde, die Fahrbahnen nach starkem Schneefall vollkommen zu säubern oder bei Glatteis mit hundertprozentigem Erfolg zu sichern. Was die Anregung betrifft, für solche Fälle einen Arbeitsdienst zu schaffen, könne sich der Gemeinderat damit nicht beschäftigen.

Bei der Planung der III. Wasserleitung gibt er zu bedenken, daß sich die Wasservorkommen in Niederösterreich befinden und es nicht leicht sein wird, die verschiedenen Probleme rasch zu lösen. Die Gemeinde Wien steckt trotzdem jährlich Millionen in dieses Projekt, obwohl noch nicht klar ist, wie und wann wir von dort Wasser bekommen werden. Dennoch ist zu hoffen, daß es einmal zu einer Einigung kommen wird. In der Lobau war der Bau des Grundwasserwerkes leichter. Mit diesem Werk soll eine Überbrückung bis zum Bau der III. Wasserleitung geschaffen werden.

Die beiden Anträge von Gemeinderat Strunz, mit denen er sich für eine Ozonierung sowie eine Sicherung des Wiener Wassers gegen radioaktive Einwirkungen einsetzt, empfiehlt er, dem Gemeinderatsausschuß VIII zuzuweisen. In diesem Zusammenhang verliest er eine Zuschrift des Gesundheitsamtes über die Chlorierung des Wiener Wassers. In ihr wird festgestellt, daß das chlorierte Wasser keine gesundheitsschädlichen Wirkungen hat.

Abschließend beantwortet er noch Anfragen über die Errichtung von weiteren Kläranlagen, über eine private Müllablagerungsstätte in Atzgersdorf sowie über das Ableiten chemischer Produkte durch das Kanalnetz in die Flüsse.

Zur Aufforderung, weitere Kinderfreibäder in den inneren Bezirken zu bauen, erklärt er, daß dies vor allem von der Beschaffung geeigneter Grundstücke abhängt.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe VIII mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Der Antrag der GRE. Dipl.-Ing. DDr. Strunz und Dr. Stürzer, betreffend Errichtung von Ozonisierungsanlagen, wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß VIII zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Der Antrag der GRE. Dipl.-Ing. DDr. Strunz, Titze und Walzer, betreffend Schutz des Trinkwassers vor radioaktivem Abfall wurde ebenfalls einstimmig dem Gemeinderatsausschuß VIII zur Behandlung zugewiesen.

Die Vorsitzende, Gemeinderat Helene Potetz, unterbricht hierauf die Budgetverhandlungen und teilt mit, daß sie morgen, Dienstag, um 9 Uhr fortgesetzt werden. Begonnen wird mit der Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen. Referent ist Stadtrat Glaserer. Daran schließt sich noch am gleichen Tag die Behandlung der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten. Referent ist Stadtrat Bauer.

(Ende des Sitzungsberichtes)